



**Abschlussarbeit zur Erlangung des
akademischen Titels Bachelor of Arts (B.A.)**

**Studiengang Internationale Wirtschaft - Emerging Markets
des zweiten Fachbereichs der Hochschule Ruhr West**

Industriepolitik vs. Komparative Kostenvorteile

Erstprüfer: Prof. Dr. rer. pol. Werner A. Halver

Zweitprüfer: Prof. Dr. phil. Lijun Tang

Uygar Coskun

10010861

09.05.1999, Oberhausen

Abgabetermin: 31.10.2023

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abkürzungsverzeichnis	III
1 Einleitung.....	1
1.1 Forschungsfrage und Zielsetzung	2
1.2 Aufbau der Arbeit und Methodik.....	2
2. Wendepunkt	5
3. Industrielle Revolution – Freihandel und Protektionismus	6
3.1 Industrielle Revolution	6
3.2 Adam Smith und der klassische Liberalismus im 18. Jahrhundert.....	7
3.3 David Ricardo und die Theorie der komparativen Kostenvorteile	8
3.4 Friedrich List - Aufkommen des Protektionismus.....	10
4. Zwei Weltkriege und das Ende des klassischen Liberalismus.....	14
4.1 Der 1. Weltkrieg – Die Geburt des Neoliberalismus	14
4.2 Der 2. Weltkrieg – Kollektivismus vs. Individualismus.....	15
4.2.1 Friedrich Hayek	16
4.2.2 Die Nachkriegszeit – Das Erblühen des Keynesianismus	17
5. Der Sozialismus und das Ende der Geschichte	20
5.1 Die Oktoberrevolution – Eine gespaltene Welt	20
5.2 Stalins Umbruch – Revolution in einem Land	21
5.3 Kalter Krieg und Fall der Sowjetunion.....	21
5.4 Das Ende der Geschichte?	23
6. Weltordnung	24
6.1 Interpretation	24
6.2 Einordnung in den Kontext der internationalen Beziehungen:	24
7. Zusammenführung der Ergebnisse – Auswirkungen auf Weltordnung.....	27
7.1 Industrielle Revolution – Das zweite Empire (1783-1919).....	27
7.2 1. Weltkrieg – Übergangsphase der Hegemonialmächte	28
7.3 2. Weltkrieg – Eine bipolare Welt.....	28
7.4 Ende der Sowjetunion – Unipolare Phase der USA	29
7.5 Entwicklungen seit 1991	30
Ökonomische Dimension:	30
Politische Entwicklungen:	31
7.6 Beantwortung Teil I	32
8. Bedeutung für Deutschland	34

8.1	Momentaufnahme der Weltordnung	34
8.2	Risiken Deutschland	36
8.2.1	Wirtschaftliche Dimension - Abhängigkeiten	37
8.2.2	Politische Dimension - Handelskriege	38
8.2.3	Technologische Dimension – Machtinstrument	40
8.2.4	Ideologische Dimension – Neuauflage des Ost-West-Konflikts	42
8.3	Fazit II und Verbindung zu I.....	44
9.	Limitationen und kritische Würdigung.....	46
10.	Ansätze für zukünftige Forschung.....	48
	Literaturverzeichnis	50

Abkürzungsverzeichnis

BRICS	Vereinigung der Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
f.	folgende
KPC	Kommunistische Partei China
Mio.	Millionen
NÖP	Neue ökonomische Politik
Tsd.	Tausend
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
vs.	versus
vgl.	vergleiche
WTO	Welthandelsorganisation
z.B.	zum Beispiel

1 Einleitung

In den letzten Jahren haben sich die Grundlagen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dramatisch verändert. Protektionistische Tendenzen, die während des Aufschwungs der Globalisierung zu verblassen schienen, erleben eine Rückkehr (vgl. Williams, 2023, 1 ff.). Dieser Trend wurde nicht zuletzt durch die Politik des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump deutlich, der auf "America First" setzte und Handelskonflikte mit verschiedenen Partnern, einschließlich Deutschland und China, auslöste. Diese Entwicklungen führten zu einem Paradigmenwechsel im globalen Handelsumfeld und legten die Grundlage für eine intensive Debatte über Nutzen und Risiken von Protektionismus (vgl. Schaller, 2019, S. 3; Solís, 2017).

Deutschland, als führende Wirtschaftsmacht innerhalb der Europäischen Union und einer der weltweit größten Exporteure, hat ein besonders starkes Interesse an dieser Debatte. Die deutsche Wirtschaft ist stark auf den internationalen Handel ausgelegt und weist im Vergleich zu Ländern mit ähnlicher Binnenmarktgröße und Wirtschaftsleistung wie Frankreich, Großbritannien oder Italien, einen hohen Offenheitsgrad auf. Entwicklungen im globalen Handelsumfeld sind von großer Bedeutung für das Land (vgl. Felbermayr et al., 2018, 1 ff.). Gleichzeitig hat die Europäische Union (EU) als Ganzes eine entscheidende Rolle im internationalen Handelssystem, weshalb sie sich intensiv mit der Frage auseinandersetzt, wie sie auf protektionistische Tendenzen und die Herausforderungen einer möglichen neuen Weltordnung reagieren sollte (vgl. Schaus und Lannoo, 2023).

Die Diskussion über eine mögliche neue Weltordnung steht im Zusammenhang mit dem Aufstieg neuer globaler Akteure, insbesondere der BRICS-Staaten (Vereinigung der Schwellenländer: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), angeführt von China und Indien sowie dem Wandel der transatlantischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Europa und China. Die Schaffung neuer Handelsbündnisse und die Erweiterung der BRICS-Staaten um weitere sechs Mitglieder zeigen die Veränderungen im globalen Machtgefüge auf (vgl. Borger, 2023). Deutschland steht vor der Herausforderung, seine Position in einer sich neu formierenden Welt zu definieren und bestenfalls zu stärken. Vor diesem Hintergrund ist die Frage über Freihandel und Protektionismus von zentraler Bedeutung für Deutschland.

Die Debatte von Freihandel und Protektionismus hat tiefe historische Wurzeln und wird von vergangenen Entwicklungen geprägt. Sie ist seit der industriellen Revolution ein

Schlüsselthema in der ökonomischen Debatte (vgl. Recktenwald und Smith, 2009; List, 1841). Die Überlegungen und Entwicklungen in der Vergangenheit haben die heutige Debatte nachhaltig geprägt. Allerdings blieb die Geschichte nicht linear auf dem Pfad des Freihandels oder des Protektionismus. Historische Wendepunkte wie der 1. und 2. Weltkrieg beeinflussten die Wirtschaftspolitik der Staaten und veränderten die Positionen über Freihandel und Protektionismus maßgeblich (vgl. Hobsbawm, 2014; Hobsbawm, 2000, S. 1). Der geschichtliche Kontext ermöglicht es, die Veränderungen im globalen Machtgefüge und die Entstehung neuer Handelsbündnisse, insbesondere im Aufstieg der BRICS-Staaten, zu erklären. Zusammenfassend bildet der geschichtliche Kontext die Brücke zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart. Er ist von entscheidender Bedeutung, um die heutigen Entwicklungen im Diskurs von Freihandel und Protektionismus zu verstehen und um fundierte strategische Entscheidungen in einer sich wandelnden Weltwirtschaft zu treffen. Deutschland und die EU müssen Lehren aus der Geschichte ziehen, um ihre Position in einer möglichen neuen Weltordnung zu definieren und zu festigen.

1.1 Forschungsfrage und Zielsetzung

Ausgehend von der obigen Herleitung, soll diese Bachelorarbeit die Frage nach den Auswirkungen geschichtlicher Wendepunkte auf ökonomische Positionen mit Hinblick auf Protektionismus und Freihandel klären und die Bedeutung für Deutschland, vor dem Hintergrund einer sich verändernden Weltordnung, aufzeigen. Daraus ergibt sich folgende Fragestellung:

Auswirkungen geschichtlicher Wendepunkte auf den ökonomischen Diskurs von Freihandel vs. Protektionismus seit der Industrialisierung: Welche Bedeutung hat dies für die Bundesrepublik Deutschland unter dem Gesichtspunkt einer möglichen neuen Weltordnung?

1.2 Aufbau der Arbeit und Methodik

Zu Beginn der Arbeit wird eine theoretische Grundlage geschaffen, um das weitere Vorgehen zu begründen und legitimieren. Dafür werden zunächst die Schlüsselbegriffe definiert, welche die zentralen Diskussionsgegenstände der Arbeit darstellen. Eingangs wird die historische Entwicklung von Protektionismus und Freihandel nähergelegt, welche gleichzeitig die theoretische Grundlage bildet. Dafür werden wirtschaftsgeschichtlich relevante Zeitpunkte betrachtet und die jeweiligen ökonomischen Positionen mit ihren Befürwortern erläutert. Zudem werden diese Positionen in den Kontext von Wendepunkten in der Geschichte gesetzt,

welche die Grundlage für die Frage nach einer sich verändernden Weltordnung bilden sollen. Fortan wird die gegenwärtige Debatte über Freihandel versus (vs.) Protektionismus betrachtet und anschließend die aktuelle Debatte und Entwicklungen bezüglich einer neuen Weltordnung. Grundlage dafür bilden aktuelle Beispiele aus der Weltwirtschaft. In einem letzten Schritt wird die Relevanz der Weltordnung für diese Debatte extrahiert und ein Fazit über die aktuelle Lage gezogen. Da die Theorie historisch kontextualisiert wird, ist sie neben der theoretischen Grundlage auch Teil der Analyse.

Die Literaturanalyse orientiert sich an den Richtlinien von Jane Webster und Richard Watson (vgl. Webster und Watson, 2002). Nachdem die Fragestellung hergeleitet wurde, wird mithilfe von Schlüsselwörtern nach geeigneter Literatur in Bibliotheken (online und real), Magazinen (The Economist, New York Times, Centre for European Policy Studies, Wirtschaftsdienst) und Online-Datenbanken für Literatur (ECON-Paper,-BIZ; Journals EBSCO, Elsevier, Research Gate) gesucht. Es wurde unter anderem nach folgenden Schlüsselbegriffen in englischer und deutscher Sprache gesucht: „Freihandel“, „Protektionismus“, „Weltordnung“, „(geschichtliche-) Wendepunkte“, „Liberalismus“, „Weltmächte“, „Ökonomische Positionen“, „(Neo-) Liberalismus“, „Hegemonie“, „Industriepolitik“, „Komparative Kostenvorteile“.

Es wurde bei der Literatur der ökonomischen Positionen nach Einfluss und Relevanz gefiltert. Grundlagen der Freihandelstheorie bilden Adam Smiths „The Wealth of Nations“ (vgl. Recktenwald und Smith, 2009) und David Ricardos „The Principles of Political Economy and Taxation“ (vgl. Kurz und Ricardo, 2006). Grundlage des Protektionismus bildet das Werk „Das Nationale System der Politischen Ökonomie“ von Friedrich List (vgl. List, 1841). Weiter wurden die Ökonomen anhand ihres Einflusses ausgewählt, welche sie zur Zeit geschichtlicher Wendepunkte auf die ökonomische Debatte hatten. Die Chronologie orientierte sich an Gerhard Kolbs „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ (vgl. Kolb, 2004).

Die geschichtlichen Wendepunkte und Weltordnungskonzepte orientieren sich an Ulrich Menzels „Die Ordnung der Welt“, ein Standardwerk der Weltgeschichtsschreibung (vgl. Menzel, 2015), Eric Hobsbawms „The Age of Extremes“ (vgl. Hobsbawm, 2014), „The Age of Revolution“ (vgl. Hobsbawm, 2000) und Henry Kissingers „World Order“ (vgl. Kissinger, 2015).

Es wird chronologisch vorgegangen (Industrielle Revolution bis in die Gegenwart) und der Einfluss der jeweiligen Wendepunkte auf die ökonomische Debatte (oder umgekehrt) analysiert. Daraufhin wird die Entwicklung der Weltordnung während und nach den Wendepunkten nahegelegt. Anschließend wird ein Zwischenfazit I gezogen und im Anschluss darauf die Erkenntnisse auf das Anwendungsbeispiel angewendet beziehungsweise (bzw.) fortgeführt. Die Erkenntnisse aus der Anwendung münden in Handlungsempfehlungen in den jeweiligen Abschnitten. Die Zusammenhänge aus dem Zwischenfazit I werden am Schluss gebündelt mit den Erkenntnissen aus den Handlungsempfehlungen dargelegt.

Die kritische Würdigung dient zur Reflektion der Literaturanalyse, sie zeigt mögliche Limitationen, offene Fragen und Empfehlungen für die zukünftige Forschung.

2. Wendepunkt

Als Wendepunkt (englisch: Turning Point) wird ein Zeitpunkt oder -raum betitelt, der zu einer bedeutenden Veränderung führt (vgl. Cambridge Dictionary, 2023b). Im Kontext der Geschichte kann ein Wendepunkt als eine Idee, ein Ereignis oder eine Handlung, die unmittelbar oder mittelbar Veränderungen herbeiführt, verstanden werden. Manchmal hat ein Wendepunkt sofortige Auswirkungen, die seine Bedeutung für die Menschen seiner Zeit offensichtlich machen. In anderen Fällen ist die Auswirkung eines Ereignisses, einer Entscheidung oder einer Person erst in der Nachbetrachtung klar erkennbar. Wendepunkte können persönliche Entscheidungen im Leben einzelner Personen oder politische Entscheidungen sein, die Millionen von Menschen betreffen. Sie können weltweite oder lokale Konsequenzen haben oder sich auf das Leben einer einzigen Person auswirken, deren Handlungen andere inspirieren oder beeinflussen. Die Auswirkungen von Wendepunkten in der Geschichte können sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur sein, oder eine Kombination davon (vgl. Launius, 2008, 19 ff.). Im Folgenden werden Wendepunkte betrachtet, welche einen Einfluss auf die ökonomische Debatte über die Frage nach Freihandel und Protektionismus hatten.

3. Industrielle Revolution – Freihandel und Protektionismus

Der Historiker Eric Hobsbawm bezeichnet, die industrielle Revolution als „*die größte Veränderung in der Geschichte der Menschheit (...) Diese Revolution hat die ganze Welt verändert und verändert sie auch weiterhin.*“ (Hobsbawm, 2000, S. 1). Der Ausgangspunkt für die Betrachtung der Wendepunkte in der Geschichte ist somit die industrielle Revolution, welche durch Adam Smith einen maßgeblichen Einfluss auf die nachträgliche Betrachtungsweise von Staat und Wirtschaft hatte. Smith prägte zudem den Begriff des Freihandels. Da die industrielle Revolution einen Ausgangspunkt von Smiths Theorie darstellt, wird im Folgenden zunächst die industrielle Revolution nahegelegt. Darauf aufbauend, werden im Anschluss die Begriffe Freihandel und Protektionismus definiert und anhand der ökonomischen Vertreter eingeordnet.

3.1 Industrielle Revolution

In der Zeit vor dem 18. Jahrhundert waren die Industrieländer auf handwerkliche Fertigung und eine große Anzahl von Arbeitskräften angewiesen, die in der Landwirtschaft tätig waren. Der Einsatz von Sklaven für die landwirtschaftliche Produktion hatte sich in Amerika verbreitet, während sich Gesellschaften in China, Japan, Indien, dem Nahen Osten und Westeuropa durch handwerkliche Technologie und Eisenproduktion hervorgetan hatten (auch afrikanische Staaten und Russland verfügten über etablierte Eisenverarbeitungstraditionen). Die industrielle Revolution findet ihren Ursprung in Großbritannien in der Spätphase des 18. Jahrhunderts, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Innovationen und technologische Fortschritte wie Verbesserungen bei Textilmaschinen und die Einführung der Dampfkraft spielten eine bedeutende Rolle (vgl. Stearns, 2021, S. 21). Das enorme Ansteigen der Produktivität führte zum Wachstum von Fabriken, Unternehmen und zur Spezialisierung der Arbeitskräfte (vgl. Stearns, 2021, S. 39). Durch den erhöhten Ertrag stiegen die Absätze von beispielsweise (bspw.) verarbeiteter Baumwolle in Großbritannien sprunghaft an, woraufhin die Preise sanken (vgl. Stearns, 2021, S. 33). Die anschließende Mehrproduktion sorgte für steigende Exporte in der Frühphase des 20. Jahrhunderts. Bis 1870 übertrafen die britischen Exporte diejenigen von Frankreich, Deutschland und Italien zusammen, und waren dreimal so hoch wie die Exporte der Vereinigten Staaten. Die steigende Produktion steigerte die Gewinne der Industrie, was zusätzliches Kapital für weitere Veränderungen bereitstellte und einige Verbesserungen im

Lebensstandard der meisten Arbeiter ermöglichte, auch wenn die Einkommensungleichheit zunahm (vgl. Stearns, 2021, S. 39).

3.2 Adam Smith und der klassische Liberalismus im 18. Jahrhundert

Freihandel bezeichnet den (internationalen) Handel ohne Beschränkungen wie Mengenbeschränkungen und Zölle (vgl. Kyrer, 2001, S. 208). Die Ursprünge des Begriffs Freihandel finden sich im 18. Jahrhundert und wurden maßgeblich vom schottischen Ökonomen und Begründer des (optimistischen) klassischen Liberalismus Adam Smith geprägt (vgl. Kolb, 2004, S. 52).

Smiths Ansätze entstanden in der Frühphase der industriellen Revolution und wurden maßgeblich von dieser beeinflusst (vgl. Kates, 2021, S. 86). Smith revolutionierte die bis dahin durch den Merkantilismus und Kameralismus geltende Betrachtungsweise der Wirtschaft, in der Politik und Ökonomie eine Einheit bildeten. Smith trennte den Markt begrifflich vom Staat (vgl. Schirm, 2013, S. 16) und schafft daraufhin, in seinem bedeutendsten Werk „Der Wohlstand der Nationen“ von 1778, die Grundlagen für das Konzept des Freihandels (vgl. Kolb, 2004, S. 52). Smith betont unter anderem die Steigerung der Produktivität und Effizienz durch Arbeitsteilung, was zu einer wohlhabenden Gesellschaft führen soll (vgl. Recktenwald und Smith, 2009, S. 208). Diesen Wohlfahrtsgewinnen setzt Smith einen freien Markt und Freihandel, also eine Zurückhaltung des Staates in den Wirtschaftsprozess, voraus (vgl. Recktenwald und Smith, 2009, S. 368; Kates, 2021, S. 86). Konkret bedeutet dies, dass das Angebot und die Nachfrage den Preis eines Gutes bestimmen und Ressourcen effizient allokiert werden. Dieser Wettbewerb und die Eigeninteressen der Individuen führen schließlich zu einem allgemeinen Wohlstand. Die Individuen werden laut Smith, nicht aufgrund ihres Wohlwollens an der Gesellschaft angetrieben, sondern durch Eigenliebe, also ihrem Selbstinteresse, was laut Smith in der Natur des Menschen liege: *„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen- sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil“* (Recktenwald und Smith, 2009, S. 17). Aus den obigen Ansichten leitet Smith die Metapher der „unsichtbaren Hand des Marktes“ ab. Die unsichtbare Hand ist die Vorstellung, dass der Markt, sich selbst überlassen ist und sich auf natürliche Weise selbst reguliert sowie Ressourcen effizient verteilt (vgl. Recktenwald und Smith, 2009, S. 372).

Smiths Ideologie war vorreitend für zukünftige (liberale) Ökonomen. Der US-amerikanische Ökonom Milton Friedman (1912-2006) knüpfte in seinem Werk „Capitalism and Freedom“ an Smiths Ideen an und nannte erstmalig den Begriff „Laissez-faire“ (laissez faire französisch für „machen/geschehen lassen), später entstand der Begriff „Laissez-faire-Ökonomie“ (vgl. Friedman, 2009, S. 10). Laissez-faire bezieht sich hierbei auf die Rolle des Staates, welcher eine minimale Rolle im ökonomischen Geschehen einnimmt, den Markt folglich „machen lassen soll“ (vgl. Friedman *et al.*, 1961, S. 1). Smith selber benutzt diesen Begriff nicht, die Ideen einer minimalen staatlichen Regulierung, die Wichtigkeit von freien Märkten und individueller wirtschaftlicher Freiheit sind jedoch deckungsgleich und wurden dahingehend von Friedman betitelt.

Konträr zur optimistischen Auffassung, dass die individuellen Interessen deckungsgleich mit denen der Allgemeinheit sind, entstand der „pessimistische“ Liberalismus, allen voran angeführt von David Ricardo (1772-1823) und Thomas R. Malthus (1766-1834). Weiter wird auf die Thesen Ricardos eingegangen, da diese aufgrund ihrer thematischen Schnittmengen mit Adam Smith einen besseren Vergleich darstellen und thematisch zu den spezifischen Aspekten des Freihandels passen. Thomas Malthus bezog sich in seinen Schriften vor allem auf die Bevölkerungskontrolle und begrenzte Ressourcen. David Ricardos Schwerpunkte liegen in der politischen Ökonomie, genauer die Handelstheorie und in der Theorie der komparativen Kostenvorteile (vgl. Kolb, 2004, S. 61).

3.3 David Ricardo und die Theorie der komparativen Kostenvorteile

Ricardos Ansicht wird als pessimistisch betitelt, da laut ihm die Interessen der verschiedenen sozialen Schichten von Natur aus widersprüchlich waren und, dass das Wirtschaftswachstum zu zunehmender Ungleichheit führen würde (vgl. Kolb, 2004, S. 61). Trotz dessen war Ricardo der erste Ökonom, welcher die Vorteile des grenzüberschreitenden Freihandels, also einer Abkehr der Autarkie, konkret formuliert und befürwortet hat (vgl. Kurz und Ricardo, 2006, 109 ff.). Die bekannteste These der Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung von David Ricardo ist die Theorie des komparativen Kostenvorteils, welche den Nutzen des internationalen Handels veranschaulicht. Ricardo benutzt den Begriff des komparativen Vorteils zwar nicht explizit, legte jedoch die theoretische Grundlage für dieses Konzept, bzw. diesen Begriff. Ricardo argumentiert, dass internationaler Handel auch vorteilhaft sein kann, wenn kein absoluter Kostenvorteil bei einem Gut vorhanden ist. Er erkennt, dass internationale

Handelsvorteile auch auf unterschiedlichen relativen Produktionskosten in verschiedenen Ländern beruhen können. Um von diesen Unterschieden in den relativen Produktionskosten zu profitieren, sollten sich Länder auf die Produktion der Güter spezialisieren, für die sie niedrige Opportunitätskosten haben. Die Opportunitätskosten beziehen sich auf die aufgegebenen Produktion eines Gutes, wenn ein Land sich für die Produktion eines anderen Gutes entscheidet. Länder sollten daher das Gut produzieren, für das die Opportunitätskosten am niedrigsten sind. Durch den freien Handel könnten somit alle Länder von einer Spezialisierung und dem Austausch profitieren (vgl. Kurz und Ricardo, 2006, 115 ff.).

Anwendungsbeispiel: Ausgegangen wird von zwei Ländern (Land A und Land B) und den Gütern A und B (Gut A: Blumen, Gut B: Autos). Produziert Land A nun 10 Millionen (Mio.) Blumen selbst, kann es die Ressourcen für die Herstellung der Blumen nicht für die Herstellung von 100 Tausend (Tsd.) Autos verwenden. Die Opportunitätskosten für 10 Mio. Blumen wären in diesem Fall 100 Tsd. Autos. Unterstellt wird, dass Land B die Blumen aufgrund von klimatischen Vorteilen effizienter produzieren kann, jedoch ineffizienter bei der Produktion von Autos ist. Mit denselben Ressourcen, die Land A für die Produktion von 100 Tsd. Autos benötigt (also die Ressourcen für 10 Mio. Blumen), kann Land B lediglich 30 Tsd. Autos produzieren. Die Opportunitätskosten bei dem Verzicht der Produktion von Autos wären bei Land B jedoch geringer (30 Tsd. Autos), als bei Land A (100 Tsd.). Tabelle 1 zeigt diese Produktionsveränderung (vgl. Kurz und Ricardo, 2006, 115 f; Krugman et al., 2019, 59 f.)

Tabelle 1 Produktionsveränderung

	Blumen in Mio.	Autos in Tsd.
Land A	-10	+100
Land B	+10	-30
Summe	0	+70

Eigene Darstellung nach: Krugman et al., 2019, S. 60.

Konzentrieren sich beide Länder auf die Produkte, bei denen sie geringere Opportunitätskosten haben, könnten beide Länder von ihren Produktionsvorteilen profitieren. Land A sollte keine Blumen anbauen und die freigewordenen Ressourcen für die Produktion von Autos verwenden, bei denen sie effizienter sind. Land B kann sich auf die Produktion von Blumen konzentrieren und Ressourcen aus der weniger effizienten Autoproduktion abziehen.

Trotz der Unterschiede zwischen Smith und Ricardo, gelten beide Ökonomen als Freihandelsbefürworter. Smiths „Wealth of Nations“ sorgte für einen Wandel des Begriffs der

politischen Ökonomie. Dieser wurde nunmehr der liberalökonomischen Lehre zugeordnet, die Politik, also der aktive staatliche Beteiligungsprozess an Gestaltung (vgl. Holtmann, 2000, S. 484), blieb daraufhin weitestgehend aus.

Mit dem Aufkommen anticlassischer Wirtschaftstheorien und sozialistischer Kritik kam der politische Charakter der politischen Ökonomie jedoch wieder zum Vorschein. Da sich die sozialistischen Perspektiven in erster Linie auf die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft konzentrierten und keine theoretische Grundlage für das Verständnis von Protektionismus liefern, wird im Folgenden als Gegenposition zum klassischen Liberalismus und des Freihandels die „Listianische-Theorie“ herangezogen. Diese (und andere Beiträge im Zusammenhang mit dem Historismus) zielen auf die Gestaltung der Wirtschaft ab und eignen sich dahingehend für einen ökonomischen Vergleich (vgl. Kolb, 2004, S. 81).

Der Sozialismus wird im späteren Verlauf, zusammen mit dem Keynesianismus, als Gegenströmung zum später aufkommenden Neoliberalismus (Neo: Neu, neuzeitlich (vgl. Cambridge Dictionary, 2023a)) betrachtet, da er dort neben der ökonomischen Idee, auch für ein politisches System steht, welches dem Neoliberalismus gegenübersteht.

3.4 Friedrich List - Aufkommen des Protektionismus

Protektionismus bezeichnet eine Situation in der die Produzenten im eigenen Land vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden, indem Importe verboten, besteuert oder mit Importquoten versehen werden (vgl. Rutherford, 2005, S. 331).

Bekanntester Gegner der Freihandelstheorie und Befürworter des Protektionismus war der deutsche Ökonom Friedrich List (1789-1846). List gilt seit seinem Hauptwerk „Das Nationale System der Politischen Ökonomie“ (vgl. Wendler, 2020, S. 28) als „Vater des Protektionismus“ (vgl. Wendler, 2020, S. 166). List lehnt in seinem Hauptwerk absolute Aussagen ab und argumentiert von einem relativistischen Standpunkt aus, er trifft folglich keine universell gültigen Annahmen. Seine ökonomische Realität bildet sich aus geschichtlichen Veränderungsprozessen. Nach List vollziehen sich diese Veränderungsprozesse in Stufen, wobei jedes Land eine unterschiedlich schnelle Entwicklung vollzieht, folglich entstehen unterschiedliche Nationalökonomien. Lists Verständnis des Begriffs der Wirtschaftswissenschaften ist kein weltökonomisches, sondern ein nationalökonomisches (vgl. Rieter, 2019, 40 ff.). Demzufolge ging es List, anders als Adam Smith (welcher einen weltwirtschaftlichen Ansatz verfolgte), nicht um den Wohlstand der Nationen, sondern um den

nationalen Wohlstand (vgl. Lachmann, 2004, 67 f.). Lists Theorie ist auch als „Infant-Industry-Theorie“ bekannt.

Lists Gedanken können aus entwicklungsökonomischer Perspektive als ein Konzept für "Entwicklung aufholender Länder" betrachtet werden. Wenn Staaten mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärken, wirtschaftlich miteinander interagieren, entsteht das Problem des Aufholens: Länder mit niedrigerer Produktivität streben danach, wirtschaftlich aufzuschließen und mit den stärkeren Nationen gleichzuziehen. List erkannte jedoch die Schwierigkeiten, mit denen die aufholenden Wirtschaften konfrontiert sind. Aufgrund der Unterschiede in den wirtschaftlichen Fähigkeiten können wettbewerbsfähigere Volkswirtschaften sich gegenüber den weniger entwickelten durchsetzen. Zum Beispiel konnte Großbritannien zu Zeiten der Industrialisierung, aufgrund seiner hohen Produktivität, Waren auf den internationalen Märkten zu günstigeren Preisen anbieten als die aufholenden Länder. Ohne wirtschaftliche Schutzmaßnahmen würden die weniger entwickelten Länder aufgrund ihrer geringeren Produktivität benachteiligt und könnten von Nationen mit komparativen Vorteilen verdrängt werden (vgl. Lachmann, 2004, S. 68; Senghaas, 2007, S. 255).

Schutzzölle sollen nach List als ergänzendes Mittel bei einer sich entwickelnden Gesellschaft genutzt werden. Dieses Instrument soll hingegen nur bei „jungen Industrien“ angewandt werden, die Massenkongsumgüter herstellen, nicht bei Luxusgütern, da diese für die Erschließung des eigenen Binnenmarktes von einer geringeren Bedeutung sind (vgl. Senghaas, 2007, S. 257). Der Ansatz, junge Industrien zu schützen, führte zur Bezeichnung von Lists Ansätzen als *Infant Industry Theorie* (Infant: Säugling) (vgl. Govers, 2012, 3 f.). Kurzfristige Nachteile der Schutzpolitik, wie der Anstieg der Preise für die Konsumenten und die mögliche schlechtere Qualität, nahm List in Kauf. Seiner Vorstellung nach, führte die auf Massenkongsumgüter ausgerichtete Industrie zu einer Stärkung der inländischen Konkurrenz und einer darauf folgend erhöhten Nachfrage nach Agrargütern (vgl. Senghaas, 2007, S. 257; Lachmann, 2004, S. 257).

Eine Bewertung, ob Schutzmaßnahmen wohlstandsfördernd sind, ist stark von der Situation der Nation abhängig. Sofern positive externe Effekte entstehen, die Industrie reifen kann oder sich positive Spill Over-Effekte ergeben, kann die Intervention gerechtfertigt sein. In Abwesenheit dieser Faktoren kann der Schutz jedoch dazu führen, dass die geschützten Industrien nie die internationale Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass politische Entscheidungsträger oft Schwierigkeiten haben, diese Faktoren im Voraus präzise zu bewerten. Dies macht die Entscheidung, ob eine Intervention gerechtfertigt ist, zu einer

herausfordernden und riskanten Aufgabe. Trotz dieser Schwierigkeiten sollte die Herausforderung der Umsetzung nicht dazu führen, dass bspw. Entwicklungsländern das Recht auf die Entwicklung ihres Industriesektors verweigert wird (vgl. Govers, 2012, 30 f.).

List betrachtet entwicklungsförderliche Maßnahmen jedoch nicht isoliert, ihm zufolge reicht ein Schutzzoll in erster Linie nicht, um die heimische Wirtschaft zu stärken. Laut List war die individuelle Freiheit Grundlage allen Fortschritts, diese wurde jedoch anders als bei Smith, nicht durch die Zurückhaltung des Staates und seiner Institutionen aus dem Wirtschaftsgeschehen gewährleistet, sondern durch aktive Unterstützung eben dieser, allen voran der Einheit und Macht der Nation (vgl. List, 1841, S. 79). Lists Vorstellung nach, ist der freie Handel das Ziel dieser Schutzmaßnahmen, letztere können als „Weg zum Wohlstand“ verstanden werden, er schreibt: „ (...) indem sie durch freien Handel mit weiter vorgerückten Nationen sich aus der Barbarei erheben und ihren Ackerbau emporbringen, hierauf durch Beschränkungen das Aufkommen ihrer Manufakturen, ihrer Fischereien, ihrer Schifffahrt und ihres auswärtigen Handels befördern und endlich, auf der höchsten Stufe des Reichtums und der Macht angelangt, durch allmähliche Rückkehr zum Prinzip des freien Handels und der freien Konkurrenz, auf den eigenen wie auf den fremden Märkten (...)“ (List, 1841, S. 82 f.).

Überraschenderweise erkennt List, „der Vater des Protektionismus“, den freien Handel als etwas wünschenswertes an, betrachtet jedoch, anders als die liberalökonomischen Vertreter Smith und Ricardo, den freien Handel nicht als Selbstzweck, sondern setzt eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik voraus, um dieses Ziel zu erreichen. Beide Ansätze sind folglich nicht absolute Gegensätze. Sie unterschieden sich in der Art und Weise, in der der Freihandel erreicht werden kann. Die Idee des Freihandels kann folglich aus beiden Perspektiven als etwas Erstrebenswertes angesehen werden.

Aus der obigen Betrachtung geht hervor, dass die Ursprünge der ökonomischen Theorie fest verzahnt mit der industriellen Revolution sind. Smiths Beobachtungen und Schlussfolgerungen der Gegenwart führten zu seiner Theorie. Ricardos „Fortführung“ bzw. Erweiterung, vor allem mit Hinblick auf komparative Kostenvorteile, gehen aus dem Kräfteungleichgewicht der Staaten hervor. Dieses Ungleichgewicht führt zu theoretischen und praktischen Gegenbewegungen. Lists Ansatz der aufholenden Nationen entspringt genau aus dieser Disbalance. Er misstraut dem Versprechen Ricardos (und damit den Wohlhabenden Nationen wie Großbritannien), die komparativen Vorteile würden auch jenen Nationen zu Wohlstand

verhelfen, die keine absoluten Kostenvorteile besitzen. Der Liberalismus sollte jedoch das 19. Jahrhundert bis in die Frühphase des 20. Jahrhundert beherrschen.

Im Folgenden wird die Fortführung dieser Denkrichtungen nahegelegt. Diese sind, wie die obigen Standpunkte in unterschiedlichen Epochen und folglich Kontexten entstanden, wodurch Unterschiede in den Positionen entstehen. Im Folgenden wird die Richtung des Neoliberalismus als Freihandelsbefürworter herangezogen und der Keynesianismus als Vertreter von Protektionismus. Obwohl dieser nicht mit dem Protektionismus gleichzusetzen ist, außer in bestimmten Situationen wie der Rolle des Staates, können sie miteinander in Verbindung gebracht werden

4. Zwei Weltkriege und das Ende des klassischen Liberalismus

Das von Deutschland besetzte östliche Frankreich und Belgien, die sogenannte „Westfront“ wurde „zum Schauplatz von Massakern (...) wie es sie wahrscheinlich nie zuvor in der Kriegsgeschichte gegeben hat“ (Hobsbawm, 2014, S. 42). Das zivilisatorische Bauwerk des 19. Jahrhunderts war zusammengebrochen. Das 20. Jahrhundert sollte ein Jahrhundert sein, welches von Krieg gekennzeichnet sein wird. Der 1. Weltkrieg sollte im noch jungen Jahrhundert bis 1918 andauern und die Weltgeschichte nachhaltig beeinflussen (vgl. Hobsbawm, 2014, 38 ff.).

4.1 Der 1. Weltkrieg – Die Geburt des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist ein komplexes und vielschichtiges Konzept, das es schwierig macht, ihn genau zu definieren. Es gibt keine allgemein anerkannte Definition des Neoliberalismus, was zu unterschiedlichen Interpretationen und Debatten unter Wissenschaftlern führt (vgl. Biebricher, 2021, S. 21; Kolb, 2004, S. 165). Er lässt sich jedoch historisch als eine theoretische, wie praktische Erweiterung (mit Hinblick auf die Wettbewerbstheorie, sowie emanzipatorischen und sozialpolitischen Aspekten) des klassischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts beschreiben. Dem Staat wurde, anders als im klassischen Liberalismus, eine Rolle zugeschrieben: Die Sicherung des Wettbewerb (vgl. Fritz und Goldschmidt, 2020, S. 266). Um die Bedeutung des Begriffs „Neoliberalismus“ trotz schlechter Definitionsmöglichkeit zu veranschaulichen, wird er nachfolgend historisch kontextualisiert.

Der Begriff des Neoliberalismus fiel zum ersten Mal im Jahr 1938, im Zuge des Walter-Lippmann-Kolloquiums, in welchem die Inhalte des Buches „Gesellschaft freier Menschen“ von Walter Lippmann, diskutiert wurden. Neben der Diskussion der Inhalte dieses Buches, wurde die Entstehung des neoliberalen Netzwerks „Mont Pèlerin Society“ besiegelt. Von den 26 Teilnehmern des Kolloquiums, stimmten 15 für dieses Netzwerk, unter anderem Walter Lippmann, Friedrich August Hayek, Michael Polanyi oder der deutsche Ökonom Alexander Rüstow (vgl. Mirowski und Plehwe, 2015, S. 13).

Lippmann beschreibt im besagten Buch einen niedergehenden Liberalismus und fordert eine Reaktion auf dessen Abstieg (vgl. Biebricher, 2021, 23 ff.). Beim Niedergang des Liberalismus, ist der Beginn des ersten Weltkriegs als ausschlaggebender Punkt zu nennen (vgl. Polanyi, 2015, S. 19). Die liberalökonomischen Vorstellungen von Entwicklung durch Handel, wurden durch die in der Kriegszeit entstandene Unsicherheit und Orientierungslosigkeit abgelöst.

Zudem bestärkte der aufkommende Zweifel am liberalen System, die bis dahin als unrealistisch und utopisch geltenden Ideen einer zentralisierten (sozialistischen) Planung, ohne Kooperation mit anderen Staaten (vgl. Biebricher, 2021, S. 26). Die Kriegszeit zerriss das Netz an Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und sorgte für sinkende Wachstumsraten der Weltwirtschaft zwischen 1914-1945, im Vergleich zu 1870-1913 (vgl. Maddison, 1987, S. 650). Die Gesetze der Marktwirtschaft, welche in erster Linie das 19. Jahrhundert beherrschten, brachen zusammen (vgl. Polanyi, 2015, S. 19). Im Zuge dieser Entwicklungen hielt John Maynard Keynes (1883-1946) im Jahr 1924 seinen Vortrag (im Anschluss veröffentlicht) mit dem Titel „Das Ende des Laissez-faire“, der zu diesem Punkt zwar übereilt schien, sich in den Folgejahren jedoch bestätigen sollte (vgl. Keynes, 1926). Der daraus entstandene Keynesianismus erstrahlte zwar erst in der Nachkriegszeit zwischen 1940 und 1950, führte jedoch durch Keynes Kritik an der Selbstregulierung von Märkten ohne staatliche Eingriffe, zu einer zusätzlichen Formierung des Neoliberalismus. Der Keynesianismus wurde später zum Feindbild der liberalen Ökonomen, sein Aufstieg hing unmittelbar mit dem Niedergang des Liberalismus zusammen. Zudem war die Existenz eines sozialistischen Staates wie der Sowjetunion, eine weitere Herausforderung der Liberalen, die eine solche Staatsform als unmöglich ansahen (vgl. Biebricher, 2021, 28 ff.).

4.2 Der 2. Weltkrieg – Kollektivismus vs. Individualismus

Der 2. Weltkrieg bezeichnet den Krieg der globalen Großmächte zwischen 1939 und 1945 (vgl. Beevor, 2016, S. 11). Jedes Land hatte eine eigene Motivation zum „Beitritt“ in diesen Krieg, man kann jedoch sagen, dass sich die sogenannten Achsenmächte (Japan, Italien und Nazi-Deutschland) und die Alliierten (USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion), nach dem deutschen Einmarsch in Polen am 1. September 1939, gegenüberstanden (Die USA traten mit dem japanischen Angriff auf Pearl-Harbour (1941) in den Krieg ein) (vgl. Liddell Hart, 2019, S. 17).

Im Jahr 1944, als der Krieg entschieden schien und die Alliierten als Gewinner hervorgehen sollten, stand der Kampf um die ideologischen und ökonomischen Ideen jedoch erst bevor. Die liberalen Ökonomen befürchteten, dass trotz, oder vielmehr durch den Sieg der Alliierten über die Achsenmächte, allen voran Nazi-Deutschland, die sozialistische Ideologie der Sowjetunion beibehalten werden würde (vgl. Biebricher, 2021, S. 32). Die sozialistische Ideologie der Sowjetunion wurde durch Ergänzungen des damaligen Staatsoberhaupt Wladimir Lenin, maßgeblich durch die Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels beeinflusst (vgl. Chil'ko,

1974, S. 15) und lässt sich aufgrund der Isolation von anderen Staaten, als protektionistisch betiteln. Dies hätte zur Folge, dass planwirtschaftliche Elemente Einzug erhielten, die den Grundsätzen des Liberalismus widersprachen. Die signifikanten Unterschiede sind jedoch nicht pauschal in (politisch) „links“ und „rechts“, oder Faschismus und Kommunismus zu unterteilen. Der Neoliberalismus sieht zwar Unterschiede zwischen faschistischen- und kommunistischen Regimen, stellt jedoch den Kollektivismus (und Totalitarismus) als entscheidenden Nenner und Gefahr beider Ideologien hervor, welcher gleichzeitig ein gemeinsamer Unterschied zum (Neo-)Liberalismus darstellt (vgl. Biebricher, 2021, S. 32).

4.2.1 Friedrich Hayek

Der österreichische Ökonom Friedrich Augusts Hayek (1899-1992) veranschaulicht dies in seiner Schrift „Der Weg zur Knechtschaft“ von 1944. Hayek stellt besagtem Kollektivismus einen Grundsatz des Liberalismus gegenüber, dem Individualismus. Laut Hayek habe der Nationalsozialismus eben diese individuelle Kultur zerstört, die der Mensch der Neuzeit geschaffen hat, er sieht diese Kultur gleichermaßen durch Faschismus und Kommunismus gefährdet (vgl. Hayek, 2014, S. 33). Hayek war keinesfalls allein mit dieser Sichtweise, Lippmann und Rüstow äußerten sich in ähnlicher Weise (vgl. Biebricher, 2021, S. 32). Somit ist festzuhalten, dass sich das neoliberale Feld während des 2. Weltkriegs als antikollektivistisch beschreiben lässt und seinen Widerstand gegen Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus richtete. Das Feindbild der Neoliberalen war zu Beginn weder ein Sozialstaat, noch der Keynesianismus, diese entwickelten sich erst in den Folgejahren und -jahrzehnten (vgl. Jackson, 2010, S. 130). Dies wird durch eine Diskussionsrunde des Walter-Lippmann-Kolloquiums deutlich, welches sich mit der Frage der sozialen Verpflichtungen des Liberalismus beschäftigte (vgl. Reinhoudt und Audier, 2019, S. 202–215). Auch Hayek äußerte sich dahingehend in seiner Schrift „Der Weg zu Knechtschaft“, er schreibt: „(...) *die Beschränkung der Arbeitszeit oder die Forderung bestimmter sanitärer Vorschriften ist mit der Beibehaltung des Leistungswettbewerbs durchaus vereinbar (...) Die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs ist sehr wohl auch mit einem ausgedehnten System der Sozialfürsorge vereinbar – solange dieses so organisiert ist, daß es den Wettbewerb nicht weitgehend lahmlegt.*“ (Hayek, 2014, S. 52). Die Widersprüchlichkeit dieser Passagen zum restlichen Werk, dass eben die kleinsten Planungsversuche der Wirtschaft auf den *Weg der Knechtschaft* führen, lieferten John Maynard Keynes die Grundlage für seine Kritik gegen Hayek, welche er in einem Brief an ihn verfasste. Keynes geht auf Hayeks obiges „Eingeständnis“ ein, dass es sehr wohl eine Grenze

des freien Marktes gibt und eine Grenze gezogen werden muss, wo besagter Markt aufhört, die Lösung dessen jedoch nicht das andere Extrem (der Sozialismus) ist. Keynes kritisiert, dass Hayek keinerlei Lösungen für diese Frage liefert, er schreibt: „*Sie geben hier und da zu, dass es darauf ankommt, wo man die Grenze zieht. Sie stimmen zu, dass die Grenze irgendwo gezogen werden muss, und das logische Extrem ist nicht möglich. Aber Sie geben uns keinerlei Anhaltspunkte dafür, wo sie zu ziehen ist.*“ (Keynes, 1980, S. 386).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Neoliberalismus, aus dem Eingeständnis liberaler Ökonomen eines gescheiterten (klassischen) Liberalismus im Zuge des 1. und 2. Weltkriegs, formiert hat. Es wurden Feindbilder geschaffen: Die politischen Extreme, welche eine Mischung aus Kollektivismus und Totalitarismus darstellen, also der Kommunismus und Nationalsozialismus/Faschismus. Da die Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg als Siegermacht hervorging, war dies nachfolgend das primäre Ziel der Neoliberalen. Dieses extreme Gegnerfeld erweitert, und differenziert sich jedoch durch Keynes Kritik am Neoliberalismus. Der sogenannte Keynesianismus wird daraufhin ein weiteres Feindbild der Neoliberalen. Es ist jedoch erneut zu erwähnen, dass es eine Vielzahl an Positionen innerhalb des neoliberalen Spektrums gibt, was generalisierte Aussagen nur bedingt möglich macht. Zudem ist zu erwähnen, dass das Hauptwerk Keynes früher als „Der Weg der Knechtschaft“ erschien, der Keynesianismus jedoch seine Hochphase in der Nachkriegszeit hatte und somit auf den Neoliberalismus folgt.

4.2.2 Die Nachkriegszeit – Das Erblühen des Keynesianismus

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 (große Depression), gilt als wirkmächtigstes wirtschaftliches Ereignis des 20. Jahrhunderts (vgl. Köster, 2020, S. 77). Die aus der großen Depression und Nachkriegszeit entstanden wirtschaftlichen Probleme waren mehrere Jahre der Ausgangspunkt für eine Vielzahl von Keynes Schriften. Allen voran sorgte Keynes Werk „Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (kurz: *General Theory*) von 1936 für eine Revolution in der (politischen) Ökonomie (vgl. Klein, 1966, S. 4). Keynes lieferte einen Ansatz zur Lösung, des bis in die 1930er geltenden liberalen Ansatzes, dass Angebot seine eigene Nachfrage kreiert, auch bekannt als *Says Law* (entwickelt von Jean-Baptiste Say (1767–1832)). Laut Keynes akzeptierten liberale Ökonomen dieses Gesetz, ohne die Eventualität eines Scheiterns zu betrachten, wodurch sie keine Lösungen für ein Scheitern liefern können (vgl. Kates, 2021, S. 56). Zudem kritisierte Keynes die Annahme der „Selbsteilungskräfte“ des Marktes. Liberale Ökonomen beharrten auf der Annahme, dass Krisen durch sinkende Preise,

Löhne und Zinsen, die Grundlage für eine anschließende Verbesserung schufen (vgl. Köster, 2020, S. 78). Die Kernaussagen der *General Theory* und der fundamentale Unterschied zum (Neo-)Liberalismus, ist die aktive Rolle des Staates. Insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten und zu Zeiten von Massenarbeitslosigkeit betont Keynes die aktive Intervention des Staates, um die wirtschaftliche Stabilität und Vollbeschäftigung zu fördern (vgl. Keynes, 2009; Willke, 2012, S. 22). Es muss jedoch erwähnt werden, dass Keynes Ideen auf die Rettung des Marktes und der Marktmechanismen durch den Staat abzielen. Der Staat erfüllt dabei lediglich eine systemstabilisierende Rolle.

In Bezug auf die Frage nach Freihandel und Protektionismus äußerte Keynes sich nicht klar. Er erkannte die potenziellen Vorteile des Freihandels bei der Förderung von Zusammenarbeit, gegenseitigem Vorteil und Gleichbehandlung zwischen den Nationen, ähnlich wie seine liberalökonomischen Kollegen. Die Argumente für den Freihandel, sollen jedoch auf der tatsächlichen Zweckmäßigkeit und Vorteilen dieser Politik beruhen und nicht auf abstrakten Prinzipien. Nach Keynes kann am Beispiel von England zu Zeiten der großen Depression, der Zoll eine Maßnahme sein, um die Deflation zu verhindern, daraus leitet er jedoch keine allgemeingültige These oder Regel ab (vgl. Eichengreen, 1984, S. 365). Nichtsdestotrotz erkannte Keynes die Marktkräfte, die die effiziente Ressourcenallokation sichern, an nennt aber eine Importkontrolle als eine Übergangslösung in Krisenzeiten. Zölle sind nach Keynes die zweitbeste Lösung. Seine stärkste Kritik richtete sich gegen die Kritiker der US-amerikanischen Vorschläge zum Abbau von multilateralen Handelshemmnissen (vgl. Eichengreen, 1984, S. 370). Aufgrund dieser Dualität kann Keynes als eine Art „Freihandelsbefürworter unter Vorbehalt“ bezeichnet werden. Schlussendlich äußert sich Keynes selbst am deutlichsten in seiner letzten Rede vor dem *House of Lords* (Oberhaus des britischen Parlaments) am 18.12.1945 und beschreibt Schutzmaßnahmen als Notlösung in einer feindlichen, gespaltenen Welt. Er fügt hinzu, dass das Bevorzugen einer gespaltenen, gegenüber einer friedlichen Welt, mit einer kooperativen Handelsordnung verrückt sei (vgl. Keynes, 1945).

Die keynesianische Theorie sollte die theoretische Landschaft nachhaltig prägen. Bis in die Mitte der 1970er Jahre sollte sie die dominierende Position in der ökonomischen Theoriebildung sein, der Neoliberalismus hatte folglich an Bedeutung verloren. Die neue Revolution des Liberalismus wurde vom amerikanischen Ökonomen Milton Friedmann und seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“, angetreten. Seit 1980 begann ein neoliberal intendierter Umbau angetrieben vom damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und seiner

Wirtschaftspolitik „Reaganomics“ und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher („Thatcherismus“) (vgl. Bontrup, 2002, S. 46). Diese Entwicklungen werden im Zusammenhang mit den Entwicklungen seit 1991 im Kapitel 7.5 eine entscheidende Rolle spielen.

5. Der Sozialismus und das Ende der Geschichte

Durch den Niedergang der Sowjetunion, geht die USA als Siegermacht des Kalten Krieges hervor und entschied den „Kampf der Ideologien“ Kapitalismus vs. Kommunismus, oder liberale, demokratische Marktwirtschaft vs. sozialistische Diktatur, für sich. Der Neoliberalismus gewann nach dem Ende des Kalten Krieges an Bedeutung. Der anschließende Aufstieg des Neoliberalismus kann durch seine attraktive ideologische Zielsetzung erklärt werden, die zeigte, wie der Übergang von der industriellen Stagnation zur postindustriellen Moderne sowohl politisch gerechtfertigt, als auch wirtschaftlich erreicht werden kann (vgl. Bartel, 2022, 345 f.). Im Folgenden wird die Entstehung der Sowjetunion, die prägende Phase Joseph Stalins und das Ende des kalten Krieges nahegelegt.

5.1 Die Oktoberrevolution – Eine gespaltene Welt

Wie bereits am Ende des Kapitels 3.3 beschrieben, sieht der Sozialismus die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft, hinsichtlich einer gerechteren und gleichberechtigteren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung, als oberstes Ziel. Die Ideen einer solchen Gesellschaft wurden durch Ergänzungen durch Wladimir Lenin (damaliges Staatsoberhaupt der Sowjetunion), maßgeblich von Karl Marx und Friedrich Engels geprägt (vgl. Kolb, 2004, S. 81; Chil'ko, 1974, S. 15).

Die Kritik der sozialistischen Lehre gegenüber den sozialen Zuständen, findet seinen Ursprung in der industriellen Revolution im 18. Jahrhundert. Die Probleme waren die Vereinbarkeit von: Individuellen Verträgen mit niedrigen Gehältern, langen Arbeitszeiten von bis zu 17 Stunden, Kinderarbeit und Wohnungsproblemen in den Städten, mit den aussichtsreichen Versprechungen der liberalökonomischen Lehre. Der Ursprung der sozialistischen Lehre liegt somit im Hinweisen auf Missstände und die Formulierung eines Idealzustandes, als Gegenmodell zur freien (kapitalistischen) Marktwirtschaft (vgl. Kolb, 2004, 81 ff.).

Mit der Oktoberrevolution im Jahr 1917 übernahmen die Bolschewiki unter Führung von Wladimir Lenin die Macht in Russland, dort wurde die Grundlage für die Entwicklung der Sowjetunion geschaffen (vgl. Karger, 1987, S. 120). Die Revolution breitete sich schnell von Russland auf die benachbarten Länder in der Einflusssphäre Russlands aus, in denen ebenfalls kommunistische Kräfte an die Macht gekommen waren. Mit Hilfe der russischen Bolschewiki wurde der Vertrag zur Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR, kurz: Sowjetunion) unterschrieben. Im Jahr 1921 wurde die neue ökonomische Politik

(NÖP/NEP) eingeführt. Die Sowjetunion führte die Geldwirtschaft ein, liberalisierte den Handel und vergab Lizenzen zur Rohstoffförderung an ausländische Unternehmen. Der erste postkapitalistische Staat war geschaffen und sorgte als erste Gesellschaft dieser Art, für eine **weltgeschichtliche Spaltung** (vgl. Schattenberg, 2022, 28 ff; Hobsbawm, 2014, S. 465).

5.2 Stalins Umbruch – Revolution in einem Land

Lenins Leitspruch „Entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder auch ökonomisch einholen und überholen“ (Lenin, 1974, S. 375), wurde nach Lenins Tod im Jahr 1924, zu Zeiten des Stalinismus im Jahr 1928 in die Tat ausgeführt. In den Jahren 1928 bis 1932 leitete Stalin in der Sowjetunion einen radikalen **planwirtschaftlichen Umbruch** (Revolution von oben) ein und belebte damit wieder Lenins Leitspruch. Dieser Umbruch markierte das endgültige Ende der NÖP und den Beginn des ersten Fünfjahresplans, der auf die forcierte Schwerindustrialisierung und den erneuten Kampf gegen die Bauern abzielte. Der sogenannte „große Umbruch“ war geprägt von politischen Säuberungen, Unterdrückung der nationalen Eliten, ideologische Kontrolle und Unterdrückung von Verbänden und Organisationen. Dieser radikale Kurswechsel und der Aufbau eines **Personenkults** um Stalin prägten die sowjetische Politik und Gesellschaft in den kommenden Jahren und trugen zu einer enormen **zentralisierten Macht** bei, die mit brutaler Unterdrückung und politischer Kontrolle einherging (vgl. Schattenberg, 2022, 38 ff.).

Josef Stalin gab seine Macht nicht freiwillig ab, da er während seiner Amtszeit als sowjetischer Führer bis zu seinem Tod im März 1953 im Amt blieb. Sein Tod war der entscheidende Faktor, der zu Veränderungen in der sowjetischen Führung und Politik führte. Nach Stalins Tod übernahm Georgi Malenkow zunächst den Vorsitz des Ministerrats und wurde als de facto Führer angesehen. Doch schon bald begann ein Machtkampf unter den sowjetischen Führern, der Nikita Chruschtschow schließlich an die Spitze brachte. Chruschtschow setzte eine Entstalinisierungskampagne in Gang, die darauf abzielte, die schlimmsten Auswüchse des Stalinismus rückgängig zu machen und die politische Kultur in der UdSSR zu verändern. Dies hatte weitreichende Auswirkungen auf die Zukunft der Sowjetunion (vgl. Geyer, 2021, 395 ff.).

5.3 Kalter Krieg und Fall der Sowjetunion

Der Kalte-Krieg bezeichnet den Ost-West-Konflikt zwischen den Siegermächten des 2. Weltkriegs. Der Konflikt der „Supermächte“ USA und UdSSR hielt sich jedoch unter der

Schwelle eines militärischen Konflikts und lässt sich daher als Krieg der politischen Systeme betiteln (vgl. Holtmann, 2000, S. 293). Nach dem Niedergang Nazi-Deutschlands verlor Europa an Relevanz und war infolgedessen nicht mehr das Zentrum der Welt: ein bipolares System der Siegermächte USA und UdSSR war entstanden. Seit dem beidseitigen Besitz der Atombombe im Jahr 1949 verstärkte sich die Dominanz beider Supermächte, gleichzeitig verlor Europa dadurch weiter an Einfluss. Der sogenannte „Eiserne Vorhang“, sollte vom Ende des zweiten Weltkrieges bis 1989 die Trennlinie zwischen den demokratischen, marktwirtschaftlichen Staaten in Westeuropa und den sozialistischen Staaten in Osteuropa, besiegeln (vgl. Thiemeyer, 2020, 16 f.).

Über 30 Jahre sollte dieses bipolare System die Weltpolitik bestimmen. Die poststalinistische Diktatur in der UdSSR konnte sich auf lange Sicht jedoch nicht behaupten, da sie Raum für intellektuelle Freiheit und politische Teilhabe bieten musste, um die Wettbewerbsfähigkeit der sowjetischen Supermacht im Zeitalter der technologischen Revolution zu sichern. Es wurde erwartet, dass sich die Sowjetunion dem technologischen Modernisierungsdruck und den wirtschaftlichen und politischen Formen des Westens öffnen würde, was zu einer Konvergenz zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Welt führen würde. Der Westen bezeichnet die westliche Zivilisation, grob umfasst es den (Kultur-) Raum Nordamerika und Europa (vgl. McNeill, 1997, 513 f.). Die Realität war jedoch, dass das Sowjetregime nicht in der Lage war, mit dem raschen Fortschritt der wissenschaftlichen und technologischen Revolution Schritt zu halten und gleichzeitig seine poststalinistische Parteiherrschaft aufrechtzuerhalten (vgl. Geyer, 2021, S. 411).

Zwischen 1988 und Herbst 1990 erklärten sich alle Republiken der Sowjetunion, beginnend mit Estland, für souverän. Gorbatschow verhandelte ab Anfang 1991 über einen neuen Unionsvertrag, aber im August 1991 erklärten führende Regierungsmitglieder den Notstand und setzten Gorbatschow ab. Boris Jelzin rief zum Widerstand auf und stellte sich mit Protestierenden in Moskau den Putschisten entgegen. Der Putsch scheiterte, aber die Reform der Union scheiterte ebenfalls. Die meisten Republiken erklärten bis Oktober 1991 ihren Austritt aus der UdSSR. Die Präsidenten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine entwarfen einen Vertrag für eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991, den elf Republikführer unterzeichneten. Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow als Präsident zurück, und am 26. Dezember beschloss der Oberste Sowjet die Auflösung der UdSSR. Russland übernahm die offizielle Rechtsnachfolge, einschließlich der Kontrolle über die

sowjetischen Atomwaffen. Die rote Fahne über dem Kreml wurde eingeholt und durch die russische Trikolore ersetzt (vgl. Schattenberg, 2022, S. 120).

5.4 Das Ende der Geschichte?

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sorgte Francis Fukuyama mit seiner Veröffentlichung „Das Ende der Geschichte“ für Aufsehen. Seine These lautet: Der Sieg der USA über die Sowjetunion und des liberalen Kapitalismus über die kommunistische Diktatur, wird zur Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft in der ganzen Welt führen (vgl. Fukuyama, 1992). Damit impliziert Fukuyama auch, dass die Menschheit das Ende der politischen Entwicklung erreicht hat, und dass es keine großen ideologischen Konflikte oder alternativen Systeme mehr geben wird, die die liberale Demokratie und den Kapitalismus herausfordern könnten. Diese optimistische These wurde zum einen von der Geschichte eingeholt, zum anderen argumentierte der Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington in seinem Buch „Kampf der Kulturen“, dass die Welt des 21. Jahrhundert durch kulturelle Konflikte geprägt sein wird, anders als die ideologischen Konflikte zu Zeiten des 20. Jahrhunderts. Seine Thesen sollten sich zwar nicht als wasserdichte Prognosen herausstellen, jedoch deutlich realistischer als Fukuyamas, besonders in Bezug auf die Prognosen und Herausforderungen der USA (vgl. Huntington, 2002; Menzel, 2015, S. 949)

6. Weltordnung

Doch wie gestaltet sich eine solche Weltordnung? Im Folgenden wird der Begriff Weltordnung eingeordnet und definiert. Anschließend wird die aktuelle Weltordnung dargestellt und die Frage nach Deutschlands Rolle in dieser Weltordnung erörtert. Die Rolle Deutschlands innerhalb dieser Weltordnung ist dann der Ausgangspunkt für mögliche Konflikte, welche die Frage nach Freihandel und Protektionismus betreffen. Anschließend soll die Frage nach der Relevanz dieser Fragestellung und die Handlungsmöglichkeiten Deutschlands geklärt werden

6.1 Interpretation

Der Begriff Weltordnung findet in unterschiedlichen Zusammenhängen Verwendung und kann sowohl analytisch als auch normativ interpretiert werden.

Im normativen Sinne bezieht sich der Begriff "Weltordnung" auf eine gewünschte oder bevorzugte Gestaltung der Macht- und Autoritätsverhältnisse. Hierbei geht es darum, eine Ordnung zu schaffen, die im Einklang mit bestimmten Werten steht, wie Frieden, wirtschaftlichem Wachstum, Gerechtigkeit, Menschenrechten sowie Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Der normative Ansatz zielt darauf ab, eine Welt zu gestalten, die diesen Werten entspricht und angestrebt wird.

Im analytischen Sinne beschreibt er die Struktur von Macht und Autorität, die den Rahmen für diplomatische Beziehungen und globale politische Prozesse auf internationaler Ebene bildet. Diese analytische Verwendung dient dazu, die tatsächlichen Gegebenheiten im globalen politischen Geschehen zu erfassen (vgl. Falk, 2023). Der analytische Ansatz eignet sich für diese Arbeit, da er ermöglicht, die bestehenden Macht- und Autoritätsstrukturen sowie deren Auswirkungen auf die globale Politik objektiv zu analysieren und zu verstehen.

6.2 Einordnung in den Kontext der internationalen Beziehungen:

Um den Begriff Weltordnung trotz seiner Vielschichtigkeit und terminologisch-lexikalischen Komplexität (vgl. Osterhammel, 2012, S. 409) einzuordnen, werden im folgenden grundlegende Konzepte in der Lehre der internationalen Beziehungen nähergelegt.

Der Westfälische Frieden (Friedensbeschluss im Jahr 1648), der zum Ende des 30-jährigen Krieges (1618-1648) führte) legte den Grundstein für die Souveränität der Nationalstaaten, indem er die vollständige Autorität über ein Staatsgebiet den Staaten übertrug (Souveränitätsprinzip). Dieses Dokument führte somit eine internationale Ordnung ein, welche

weitere Religionskriege verhindern und ein Machtgleichgewicht schaffen sollte. Der Vertrag wies, neben der Autorität über das Staatsgebiet, den Einflussbereich der Kirche auf transnationale Ansprüche zurück, und erkannte ausschließlich die Staaten als oberste Autorität in ihrem Territorium an (Territorialprinzip) (vgl. Wesel, 2012, 21 f; Menzel, 2013, S. 166). Durch das Legalitätsprinzip, also die Einhaltung und Anwendung der Rechtstaatlichkeit, wurde das Westfälische Staaten-System zu einem funktionierenden internationalen Regelwerk (vgl. Wesel, 2012, S. 22). Die dadurch erstandene „Weltordnung“ ist eine Form der Anarchie zwischen den Staaten, welches als Konzept der "Anarchie der Staatenwelt" betitelt wird. Es besagt, dass alle Staaten gleichberechtigt sind und keiner übergeordneten Instanz unterstehen. Die Staaten befinden sich in einem System, indem sie ihre Interessen unabhängig von anderen Staaten versuchen durchzusetzen, oder dies in Form von Bündnissen tun. Der Umgang und die Überwindung dieser Anarchie, ist eine der wesentlichen Fragen der Lehre der internationalen Beziehungen (vgl. Menzel, 2013, S. 166), da trotz der Gleichheit der Staaten, immer wieder versucht wurde, die Souveränität zu untergraben, um bspw. Interessen auf Kosten anderer Staaten durchzusetzen (vgl. Wesel, 2012, S. 22).

Für den Umgang, bzw. die Überwindung dieser Anarchie, also vom Chaos abzugrenzen, kann auf das Konzept der "Hierarchie der Staatenwelt" zurückgegriffen werden. Es besagt, dass trotz der Abstinenz einer übergeordneten Instanz, Staaten in zahlreichen Aspekten ungleich sind, in Bezug auf Macht, Wohlstand, Ressourcen etc. Dies führt zu einer pyramidenförmigen Hierarchie, in der Staaten unterschiedliche Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu verfolgen und zur Weltordnung beizutragen (vgl. Menzel, 2013, 166 f.). Die Möglichkeiten (Macht, Ressourcen, Wohlstand etc.), in denen Staaten ihre Interessen verfolgen und die daraus resultierende Hierarchie, kann als „Weltordnung“ verstanden werden. Diese pyramidenförmige Hierarchie ist jedoch keineswegs statisch. Im Laufe der Geschichte gab es innerhalb dieser Hierarchie eine Auf- und Abwärtsbewegung, also eine Zu- oder Abnahme des Einflussbereichs (vgl. Menzel, 2013, S. 167). Ein Staat, welcher über einen großen Einflussbereich verfügt, befindet sich dahingehend höher in dieser Rangordnung. Die daraus entstehende Vorherrschaft eines Staates wird als Hegemonie betitelt. Die sogenannte Hegemonialmacht ist ein Staat, welcher auf Grundlage von faktischen wirtschaftlichen-, militärischen und/oder kulturellen Gesichtspunkten in einer überlegenen Rolle ist. Diese Überlegenheit reicht über reinen Einfluss hinaus, ist jedoch keine Herrschaftsausübung, sodass die unterhalb der Hegemonialmacht stehenden Staaten, ihre formelle Souveränität behalten (vgl. Holtmann, 2000, S. 248). Die

anderen Staaten folgten Hegemonialmächten (mehr oder minder) freiwillig, ein fundamentaler Unterschied zur Imperialmacht, welche ihren Einflussbereich durch territoriale Eroberungen erweiterten und dahingehend auch als Zwangsherrschaft bezeichnet werden können (vgl. Triepel, 1938, 125 ff.). Der geschichtliche Auf- und Abstieg der Großmächte kann als Rivalität hegemonialer und imperialer Herrschaft verstanden werden. Landmächte wie Russland sind eher Verfechter von imperialer Ordnung, während Seemächte wie die USA und Großbritannien zu einer hegemonialen Herrschaft tendieren, obwohl die Grenzen auch fließend sein können. Im Kontext der Hierarchie der Staatenwelt kann man den Hegemonialmächten tendenziell eine höhere Rangordnung zuweisen als den Imperialmächten, da ihr Einflussbereich über die ganze Welt reicht und die der Imperialmächte eine begrenzte Reichweite haben (vgl. Menzel, 2015, 45 ff.).

7. Zusammenführung der Ergebnisse – Auswirkungen auf Weltordnung

Mit Hinblick auf die Frage von Freihandel und Protektionismus, zeigt sich aus der Geschichte, dass ökonomische Theorien und wirtschaftspolitische Entscheidungen fest mit geschichtlichen Wendepunkten verzahnt sind. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammengefasst und Auswirkungen auf die Weltordnung nahegelegt.

7.1 Industrielle Revolution – Das zweite Empire (1783-1919)

Zum einen führten Innovationen wie zu den Zeiten der industriellen Revolution zu einschneidenden Veränderungen. Diese sind entscheidende Kräfte, welche zur Gestaltung der ökonomischen Theorie geführt haben und die Idee des Freihandels als wohlförderndes Mittel ansahen. Die Entstehungsgeschichte der Freihandelstheorie entspringt wie die industrielle Revolution aus Großbritannien. Die Theorie der komparativen Kostenvorteile sollte verdeutlichen, dass auch Länder ohne absolute Kostenvorteile vom Handel profitieren. List erkannte jedoch im Handel von Ländern mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärken, Probleme. Lists „Problem des Aufholens“ verdeutlicht die Problematik, mit der die Länder mit niedriger Produktivität konfrontiert sind. In Zeiten der Industrialisierung konnte Großbritannien somit seine Produkte zu günstigeren Preisen anbieten als die schwächeren Nationen. Nach List würden die aufholenden Nationen, ohne wirtschaftliche Schutzmaßnahmen, aufgrund ihrer geringeren Produktivität, verdrängt werden.

Das „zweite Empire“ ist die zweite Phase der britischen Hegemonie und folgt auf das „erste Empire“, welches die vorindustrielle Zeit des Merkantilismus von 1713-1783 (vgl. Menzel, 2015, S. 735) kennzeichnet. Das „zweite Empire“ bezeichnet die britische Hegemonie von 1783-1919. Dies konnte unter anderem durch die Durchsetzung des Freihandels (es bleibt zu erwähnen, dass die britische Vormachtstellung im ähnlichen Maße durch die militärische Dominanz, vor allem zu See, beeinflusst war) realisiert werden. Bis zum 1. Weltkrieg sollte Großbritannien die Hierarchie der Staatenwelt anführen. (vgl. Menzel, 2015, 758 ff.). Der Historiker Eric Hobsbawm betont in seinem Werk „Industrie und Empire“, dass die Ausdehnung des britischen Empires und die Industrialisierung eng miteinander verknüpft sind. Der technologische Vorsprung (auch mit Hinblick auf militärische Dominanz) und der wirtschaftliche Aufschwung ermöglichten eine dominierende Rolle. Zusammen mit militärischer Macht und die Dominanz in den Kolonien (Ressourcen), entwickelte sich Großbritannien zu einer Hegemonialmacht (vgl. Hobsbawm, 1995).

7.2 1. Weltkrieg – Übergangsphase der Hegemonialmächte

Das weitestgehend friedvolle 19. Jahrhundert war beendet und die Philosophie des Liberalismus schien keine Störungen zu kennen. Der 1. Weltkrieg sorgte jedoch für einen Bruch in der Weltgeschichte, welcher (neben den Gräuel des Krieges) die Neuformierung des Liberalismus zur Folge hatte. Das Walter-Lippmann-Kolloquium war die logische Reaktion liberaler Ökonomen zu einem Um- bzw. Weiterdenken des Liberalismus. Daraus entstand der Neoliberalismus, welcher Antworten auf die Fragen liefern sollte, die der klassische Liberalismus zu (Vor-)Kriegszeiten nicht liefern konnte. Doch die Entwicklungen des Liberalismus waren nicht die einzigen Entwicklungen im Zuge des 1. Weltkriegs. Auch die Ordnung der Welt begann sich zu verändern.

Mit dem Ende des 1. Weltkriegs begann eine Zeit des hegemonialen Übergangs des britischen Empires, hin zur US-amerikanischen Vorherrschaft. Dies hing vor allem von der wirtschaftlichen Stärke der USA ab, weniger von der militärischen Präsenz im Krieg. Die Einführung des sogenannten *War Revenue Act*, ermöglichte es den USA die enormen Kriegskosten, durch die Einführung neuer Steuern, Kriegsanleihen und die Schaffung eines Fonds, zu decken. Auf der anderen Seite belasteten die hohen Kriegskosten die britische Wirtschaft extrem, was zum wirtschaftlichen und politischen Niedergang des Empires führte. Die liberale USA sollte jedoch Jahrzehnte später einen Herausforderer finden, der Ost-West-Konflikt zeichnete sich jedoch schon mit der Oktoberrevolution 1917 ab. Der Ost-West Konflikt findet somit seinen Ursprung in der hegemonialen Übergangsphase zwischen Großbritannien und USA (vgl. Menzel, 2015, 895 f.).

7.3 2. Weltkrieg – Eine bipolare Welt

Der 2. Weltkrieg sollte die Welt nachhaltig prägen. Der Krieg der Achsenmächte gegen die Alliierten spaltete nicht nur Europa, er sollte auch den Krieg der Frage nach Kollektivismus und Individualismus aufwerfen. Die Siegermächte des 2. Weltkriegs hatten keineswegs ähnliche politische sowie wirtschaftliche Systeme. Da die Sowjetunion gleichermaßen wie die USA eine Siegermacht war, befürchteten liberale Ökonomen, dass sich das planwirtschaftliche, zentralisierte System der Sowjetunion weiterverbreiten könnte. Diese Befürchtung, dass jeder staatliche Eingriff *auf den Weg der Knechtschaft* führe, hat Kritiker wie Hayek geweckt. Im Zuge der großen Depression und die nach Hayek fehlenden Antworten Keynes bzw. dem Neoliberalismus auf Krisenzeiten und Arbeitslosigkeit, differenzierten das Gegnerfeld der Liberalen.

Europa war verwüstet und spielte in der Frage nach Großmächten, egal ob Gewinner oder Verlierer, keine entscheidende Rolle (vgl. Menzel, 2015, S. 896). Die Weltordnung der Nachkriegszeit sollte aus der Konfrontation der Supermächte USA und der Sowjetunion bestehen (vgl. Kissinger, 2015, S. 287). Die ökonomische Debatte über Kollektivismus und Individualismus wurde zum Gegenstand der Weltordnung. Die USA sah sich in der Verantwortung, die sowjetische Expansion, folglich die Verbreitung des Sozialismus, einzudämmen. Auf Seiten der USA wurde der Konflikt jedoch nicht als eine Verfolgung der nationalen Interessen kategorisiert. Es ging um den Kampf der „Freiheit unter der Regierung des Gesetzes“ gegen die „Sklaverei der Oligarchie des Kremls“. Der Kampf der politischen Ideologien war nun auch ein moralischer Konflikt. Der anschließende Beitritt Amerikas in den Kalten Krieg kann somit nicht als geopolitischer Kampf um die Grenzen der russischen Macht kategorisiert werden, sondern als moralischer Zug für eine freie Welt (vgl. Kissinger, 2015, S. 287).

7.4 Ende der Sowjetunion – Unipolare Phase der USA

Die Weltordnung des kalten Krieges beruhte auf Einvernehmen beider Seiten, sie erwies sich als deutlich bessere Ordnungsalternative als ein Nuklearkrieg oder anarchische Zustände (vgl. Hacke, 2017, S. 1297). Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion suchen die USA nach einer neuen Rolle in der Welt. In der Debatte über die amerikanische Außenpolitik nach dem Kalten Krieg wurden mehrere falsche Annahmen gemacht. Erstens wurde angenommen, dass die Welt multipolar würde, mit verschiedenen Machtzentren in Japan, Deutschland (oder Europa), China und einer kleineren Sowjetunion/Russland. Zweitens glaubte man, dass der innenpolitische Konsens in den USA für eine internationalistische Außenpolitik, der durch die Erfahrungen in Vietnam geschwächt wurde, wiederhergestellt werden würde. Drittens erwartete man, dass die Kriegsgefahr in der neuen post-sowjetischen Welt dramatisch abnehmen würde.

Tatsächlich entwickelte sich die Welt nach dem Kalten Krieg nicht zu einer multipolaren Ordnung, sondern zu einer unipolaren, mit den USA als unangefochtene Supermacht, unterstützt von ihren westlichen Verbündeten (vgl. Krauthammer, 1990, S. 23).

Diese Annahmen aus den frühen 90er Jahren machten den Anschein, zunächst in Bezug „auf Frage“ nach Kollektivismus und Individualismus (bzw. Freihandel vs. Protektionismus), sich zu bestätigen. Der Zusammenfall der Sowjetunion beendete zum einen die Frage nach einem alternativen System, neben dem liberalen amerikanischen System, zum anderen festigte der

Niedergang durch ihre vorherige geopolitische Macht der sozialistischen Sowjetunion und ihre Funktion als Gegenpol zu den USA, die US-amerikanische Dominanz. Das Ende des Kalten Krieges besiegelt das Ende des *hegemonialen Ausscheidungskampfes* (vgl. Menzel, 2015, S. 947) und den „Kampf der Ideologien“, welche das 20. Jahrhundert bestimmten. Das Ende des kalten Krieges sollte damit auch die langanhaltenden Debatten von Sozialismus vs. Neoliberalismus, Freihandel vs. Protektionismus und Individualismus vs. Kollektivismus beenden.

Die optimistische Auffassung Fukuyamas, die westliche liberale Demokratie würde sich über die Welt ausdehnen, wurde durch Huntingtons These eines aufkommenden Kampfes der Kulturen entgegnet. Die Geschichte sollte ihm dahingehend auch Recht geben. Fukuyamas These sollte jedoch die Außenpolitik des Westens bestimmen, was maßgeblich zu politischer Destabilisierung anderer Regionen zur Folge hatte (1991: Irakkrieg; 1992 und 1993: Bürgerkrieg in Somalia; 1994: Intervention Haiti etc.). Außerdem führten die Geschehnisse des 11. Septembers zur Besetzung Afghanistans und des Iraks. Russland wurde durch westliche Bestrebungen, Länder wie Georgien und die Ukraine in die Einflussphäre des Westens zu ziehen, vom Sicherheitspartner zum Gegner des Westens. Zudem führten die westlichen Bemühungen, die ehemaligen Sowjetstaaten zu liberalisieren und demokratisieren, zur Entstehung von Oligarchien, aufgrund von fehlender Rechtstaatlichkeit und zunehmender Deregulierung (vgl. Theisen, 2017, 23 ff.). Nicht das Ende der Geschichte war erreicht, sondern das Ende des Konkurrierens über Ideologien und Weltordnungen.

7.5 Entwicklungen seit 1991

Ökonomische Dimension:

Die Auswirkungen des Niedergangs der Sowjetunion wurde erstens durch die weltweite Umsetzung der neoliberalen Angebotslehre deutlich. Einerseits in den USA durch den ehemaligen Präsidenten Ronald Reagan und der „Reaganomics“, andererseits in Großbritannien durch die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher und dem „Thatcherismus“. Hauptsächlich ging es bei diesen Philosophien darum, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, indem die Kosten gesenkt und Steuern erleichtert wurden. Dabei war die Lohnpolitik von großer Bedeutung, um die Wirtschaft stabil zu halten, während die öffentlichen Haushalte in Bezug auf soziale Fragen und Arbeitsplätze eingeschränkt werden sollten (vgl. Bontrup, 2002, S. 46). Ronald Reagan führte weitreichende Steuersenkungen zur Förderung von Investitionen und Wachstum ein, welche in den Jahren von

1980/81 einen kurzfristigen Effekt zeigten, sich jedoch langfristig als Problem herausstellen sollten. Die Steuersenkungen führten nicht zu ausgeglichenem, inklusivem Wachstum. Stattdessen gab es enorme Haushaltsdefizite, den Abbau staatlicher Sozialleistungen und eine dauerhafte Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Superreichen. Zudem wurden die Probleme der einkommensschwachen Bürger und des Bildungssystems vernachlässigt. Langfristig hatten die Reaganomics schädliche Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Institutionen und die Einkommensverteilung (kann als Wegbereiter des Trumpismus verstanden werden) (vgl. Krugman, 2008; Arthur, 1989, 116 ff.).

Zweitens wurden die ehemaligen Ostblockstaaten in das internationale Handelsumfeld eingebunden, indem Handelsverträge geschlossen wurden (Europe Agreements). 1995 nahm die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Arbeit auf (2001 Beitritt China). Die Teilnehmer der europäischen Union haben sich seit 2004 nahezu verdoppelt (von 15 auf 28) und im Zuge der Global Europe-Initiative von 2006 schloss die Union eine Vielzahl von bilateralen Freihandelsabkommen (vgl. Felbermayr et al., 2018, S. 1).

Politische Entwicklungen:

Die Bemühungen der USA nach dem Fall der Sowjetunion, das unipolare Momentum zu nutzen, um demokratiefeindlichen Kräften mit Diplomatie entgegenzuwirken, gehört spätestens seit den Attentaten des 11. Septembers der Vergangenheit an. Diese leiteten einen Bruch in der US-amerikanischen Außenpolitik ein. Das Selbstverteidigungsrecht wurde im Krieg gegen den Irak (2003) präventiv interpretiert und widersprach den bis dahin geltenden Ansätzen der US-Außenpolitik: *„Es gibt eine Möglichkeit, die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht ergreifen können - die Initiative zur Aggression. Sie würde die tiefsten moralischen Überzeugungen des Volkes und seine tiefe Verbundenheit mit dem Frieden und der Gerechtigkeit nach dem Gesetz verletzen. Wir müssen von Natur aus Verteidiger und nicht Täter sein“* (Acheson, 1973, S. 35). Die Kriege gegen den Terrorismus haben die USA in machtpolitischer Hinsicht stark beansprucht. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 hat die bestehenden strukturellen Probleme in den USA noch weiter verschärft. Seitdem ist die These vom Abstieg der USA, oder „der Niedergang des Westens“ (auch Deutschland), ein dominierendes Thema in politischen Diskussionen. Zudem wird der hegemoniale Anspruch der USA durch die aktuellen Entwicklungen hin zu einer multipolaren Weltordnung gestört. Die Emerging-Markets und der wirtschaftliche Aufschwung Asiens, insbesondere Chinas hin zu einer wirtschaftlichen- und militärischen Weltmacht, kann zu einer neuen bipolaren Ordnung

führen, was gleichzeitig einen Bedeutungsverlust der USA zur Folge hätte (vgl. Hacke, 2017, S. 1299).

7.6 Beantwortung Teil I

Auswirkungen geschichtlicher Wendepunkte auf den ökonomischen Diskurs von Freihandel vs. Protektionismus, seit der Industrialisierung.

Obwohl die Debatte ihre Anfänge in der Spätphase des 18. Jahrhundert fand, ist der Diskurs in den folgenden Jahrhunderten jeweils zu Zeiten von Kriegen oder starken geopolitischen Veränderungen eingetreten. Die Debatte wandelte sich in Folge des 1. und 2. Weltkrieg zu einer Debatte der politischen Ideologien, befasste sich im Kern jedoch mit den Grundsatzfragen des 18. Jahrhundert: „Wie viel Einfluss darf bzw. soll der Staat in den Markt haben?“. Von den klassischen Liberalökonomen hin zu neoliberalen Ökonomen wie Hayek, war es derselbe Kern: staatlichen Einfluss minimieren, da die Gefahren bestehen, dass es zum Sozialismus/Kommunismus führt. Der sowjetische Sozialismus kann aufgrund seiner Isolation bzw. Abschottung von anderen Staaten auch als protektionistisch angesehen werden, wohingegen der Westen den freien Handel angestrebt hat. Neben der klaren Pflicht des Staates im Sozialismus die Wirtschaft zu planen und strukturieren, revolutionierte Keynes die Idee einer liberalen Marktwirtschaft. Nach Keynes muss der Staat in Krisenzeiten aktive Wirtschaftspolitik betreiben, um die Massenarbeitslosigkeit abzuwenden und die Nachfrage zu garantieren. Diese Position ist zwar nicht klar protektionistisch, beinhaltet jedoch durch den Eingriff des Staates (Zölle und Industriepolitik) Elemente des Protektionismus. Die neoliberalen Gegenpositionen sehen in diesem Eingriff freihandelsgefährdende Züge und eine mögliche Entwicklung hin zum Sozialismus. Durch den Fall der Sowjetunion scheint die ideologische Gegenposition und Debatte abgeschlossen: Der Liberalismus hat gesiegt. Die Positionen wandelten sich jedoch in der Geschichte. Ausgehend von der Debatte über Freihandel vs. Protektionismus im 18./19. Jahrhundert legten die Krisen des 1. Weltkrieges und die Gefahren eines sozialistischen Staates, den Grundstein für die anschließende ideologische Debatte von Kapitalismus vs. Kommunismus, die das 20. Jahrhundert beherrschen sollte. Dieser ideologische Kampf war im weiteren Sinne auch ein Konflikt der Supermächte USA und der Sowjetunion. Durch den Fall der Sowjetunion ist diese Debatte letzten Endes zum Erliegen gekommen, die USA sollten als Hegemonialmacht die Welt mit ihrer angebotsorientierten, neoliberalen Lehre dominieren. Zudem sollte sich die USA zur Demokratisierung der Welt

verpflichten, diese zunächst diplomatischen Pläne veränderten sich jedoch durch die Angriffe des 11. Septembers fundamental.

Obwohl sich die Gegenpositionen von Freihandel vs. Protektionismus im Verlauf der Geschichte zu einer ideologischen Frage nach Kollektivismus vs. Individualismus veränderte, blieb der Streitpunkt immer die staatliche Intervention in den Markt. Da dies die Abgrenzung von Freihandel und Protektionismus darstellt, sind Auswirkungen geschichtlicher Wendepunkte auf die Frage nach Freihandel und Protektionismus klar zu erkennen. Des Weiteren ist zu beobachten, dass Freihandelsbefürwortende Staaten (Großbritannien, USA) in der Regel Hegemonialmächte sind oder Staaten, die eine wirtschaftliche Dominanz aufweisen im Vergleich zu den restlichen Nationen. Die Gegner des Freihandels sind in der Regel Länder, welche eine im Vergleich zu den Hegemonialmächten, schwächere Wirtschaft aufweisen (Bsp.: Theorie aufholender Staaten nach List).

Hinzu kommt, dass der Diskurs über die Frage nach Freihandel und Protektionismus belebend für die ökonomische Debatte war, Ökonomen wurden in gewissem Maße gezwungen ihre eigenen Positionen zu überdenken. Sie verteidigten entweder ihre Positionen gegenüber anderen Ökonomen (Hayek und Keynes), oder wurden durch ihr Umfeld dazu gezwungen, ihre Positionen zu überdenken (Entstehung des Neoliberalismus). Debatten und Revidierungen alter Positionen folgten oft auf Krisen und sollten Lösungen zur Prävention dieser Krisen liefern. Somit wurde der Fortschritt in der ökonomischen Theorie durch Probleme der Gegenwart oder jüngeren Vergangenheit vorangetrieben.

Die Schattenseiten sind jedoch die globalen Spaltungen und die Teilung der Welt in zwei Lager, die vor allem zu Zeiten des Kalten Krieges, ein enormes Ausmaß angenommen haben. Aus diesen geschichtlichen Erkenntnissen lassen sich Lehren für die Gegenwart ziehen.

8. Bedeutung für Deutschland

Nachdem die Frage nach den Auswirkungen geschichtlicher Wendepunkte geklärt ist, stellt sich nun die Frage, warum dieser Sachverhalt eine Bedeutung für Deutschland hat, vor dem Hintergrund einer sich verändernden Weltordnung. Die Auswirkungen erstens des Aufstiegs Großbritanniens als Hegemonialmacht im 18. und 19. Jahrhundert, zweitens der Aufstieg der USA als Weltmacht und drittens der Aufstieg und Fall der Sowjetunion auf die ökonomische Debatte zeigen, dass eine Veränderung der Weltordnung auch als geschichtlicher Wendepunkt mit Auswirkungen auf politische Positionen und letzten Endes wirtschaftspolitische Maßnahmen bedeuten kann. Somit kann eine Veränderung der Weltordnung auch als geschichtlicher Wendepunkt deklariert werden. Eine mögliche Veränderung der Weltordnung wird Ausgangspunkt für die Implikationen für Deutschland sein. Dafür wird zu Beginn eine Momentaufnahme der Weltordnung nahegelegt und im Anschluss die Auswirkungen auf die Frage nach Freihandel und Protektionismus für Deutschland beschrieben.

8.1 Momentaufnahme der Weltordnung

„Aufstieg der Anderen“:

Die oben beschriebenen Machtverschiebungen lassen sich wie folgt zusammenfassen. Die erste Machtverschiebung war die Vorherrschaft des Westens zu Beginn des 15. Jahrhunderts. Diese beschleunigte sich enorm durch die industrielle Revolution und sorgte für eine hegemoniale Stellung Großbritanniens. Die zweite Verschiebung war der Aufstieg der USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts (siehe Kapitel zum ersten Weltkrieg). Die USA sollte diese Stellung auch bis in das 21. Jahrhundert halten (vgl. Zakaria, 2009, S. 29).

Die strapazierten USA infolge des Kampfes gegen den Terror und der Finanzmarktkrise 2009, und dem Aufstieg der BRICS (insbesondere China), führten zur These vom „Niedergang des Westens“ oder zum „Aufstieg der Anderen“. Der indische Journalist Fareed Zakaria spricht im Kontext des „Aufstiegs der Anderen“ von einem „postamerikanischen Zeitalter“ (vgl. Zakaria, 2009, S. 32). Durch den rapiden Aufstieg Chinas veränderte sich die Weltordnung stark. Das enorme Wirtschaftswachstum sorgt für einen Bedeutungszuwachs Chinas, der Einflussbereich wird größer, regional sowie global (vgl. Zakaria, 2009, S. 120). Der Aufstieg Chinas lässt sich jedoch auf mehrere Faktoren zurückführen. Ein Grund ist Chinas Fokus auf Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, was es ermöglicht hat, den Einfluss in der Welt zu sichern. Darüber hinaus spielte Chinas Entscheidung, seine Wirtschaft für exportorientierte Industrien

zu öffnen, eine entscheidende Rolle bei seinem Aufstieg. Die chinesische Regierung war bereit, die Ausbeutung ihrer Bürger und den Abfluss von Kapital bzw. Vermögenswerten an westliche Kunden in Kauf zu nehmen, um sich in globalen Wertschöpfungsketten zu etablieren. Darüber hinaus haben Chinas steigende Löhne und Sozialleistungen, sowie die Verbesserung des inländischen Konsums dazu beigetragen, seine Position in der globalen Wirtschaft zu stärken. Schließlich hat Chinas mit seinem Wirtschaftsmodell, staatliche Kontrolle und Infrastrukturmodernisierung kombiniert (vgl. Komlosy, 2013, 4 ff.).

Der Aufstieg Chinas hat erhebliche Auswirkungen auf die führenden Nationen. Die bestehende Weltordnung verändert sich und die Dominanz der westlichen Mächte nimmt ab. Chinas Wirtschaftswachstum und sein zunehmender Einfluss in internationalen Angelegenheiten haben das Potenzial, das Machtgleichgewicht in der Welt zu verschieben. Dies könnte zu einer Neuordnung der globalen Allianzen und einer Neuverteilung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses führen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Aufstieg Chinas, Auswirkungen auf die führenden Nationen in Bezug auf den wirtschaftlichen Wettbewerb, die geopolitische Machtdynamik und die Zukunft der Weltordnungspolitik hat.

Aufkommender Revisionismus:

Seit dem Niedergang der Sowjetunion herrscht eine neoliberale Ordnung auf der Welt, angeführt von den USA. Diese Ordnung beinhaltet auch ein (westliches) Wertesystem: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, freie Märkte und Menschenrechte. Dieser Ordnung folgten die meisten Mächte (auch China), auch aufgrund bzw. vor allem durch die militärische-, politische- und wirtschaftliche Macht der USA. Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit deuten jedoch auf ein Ende der Verständigung dieser Normen hin. Der indische Politiker Shivshankar Menon beschreibt die aktuellen Entwicklungen als *revisionistisch* und nennt folgende Gründe dafür. Großmächte verfolgen zunehmend ihre eigenen Interessen, was eine Störung der internationalen Ordnung zur Folge hat (Bsp. Chinas angespanntes Verhältnis mit den USA, Indien, Japan, Vietnam und die Konflikte in Taiwan; Russlands Einmarsch in die Ukraine). Wenn viele Länder ihren eigenen Weg gehen, ist es nach Menon schwierig einheitliche Regeln zu formulieren. Diese geopolitische Fragmentierung mündet in regionalen Handelsblöcken und wird durch den Kampf um politische und wirtschaftliche Vorherrschaft verstärkt. Ein Umgang mit diesem Revisionismus ist der Fokus auf die eigene Wirtschaft. In den letzten Jahren haben China, Indien, die USA und andere Länder einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Sie betonen die

Bedeutung der Autarkie, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch. China setzt auf ein duales Kreislauf-Modell, Präsident Biden fördert die "Build Back Better“-Agenda, und Indien verfolgt die Idee der Selbstständigkeit (vgl. Menon, 2022).

Weiter geht die Globalisierung zurück. China und die USA lieferten sich einen Handelskrieg und Großbritannien stimmte für den Brexit. Protektionistische Tendenzen, die in der Ära des Globalisierungsaufschwungs überwunden schienen, erleben eine Rückkehr. Dieser Trend wurde nicht zuletzt durch die Politik des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump deutlich, der auf "America First" setzte und Handelskonflikte mit verschiedenen Partnern, einschließlich Deutschland und China, auslöste (vgl. Williams, 2023, 2 ff.). Der US-Präsident Joe Biden führte diese Politik fort und fokussierte sich stärker auf die Herausforderungen, die von China ausgehen. Die von Donald Trump eingeführten Handelsbeschränkungen werden aufrecht gehalten, nicht abgebaut. Dies deutet darauf hin, dass die USA in eine neue Ära eingetreten sind, in der die Außenpolitik wichtiger ist als die Wirtschaftspolitik (vgl. Pisani-Ferry, 2021). Zudem werden (Zweck-)Bündnisse im kleineren Rahmen geschlossen (Quadrilateral Sicherheitskooperation, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, I2U2 etc.), oder erweitert, wie die neuste BRICS-Erweiterung zeigt (vgl. Borger, 2023). Sie dienen konkreten Zwecken, bilden jedoch keine starren Allianzen und unterscheiden sich folglich zu den Blöcken im Ost-West-Konflikt. Die unterschiedlichen Reaktionen der Nationen auf den Angriff Russlands auf die Ukraine zeigen zudem, dass enge wirtschaftliche Bündnisse vieler asiatischen-, lateinamerikanischen- oder afrikanischen Staaten mit dem Westen, nicht dazu führen, dass sich diese Staaten den Sanktionen anschließen. Dies ist ein Indiz für die Zweckmäßigkeit dieser Bündnisse und deutet nochmals auf die Unterschiede zum Kalten Krieg hin. Ein einheitliches Konzept für Kooperation und Ordnung ist aufgrund der geschwächten Kapazitäten (wirtschaftlich, politisch und militärisch) nur schwer möglich (vgl. Menon, 2022).

8.2 Risiken Deutschland

Die jüngste Geschichte hat dem Welthandel und Deutschland seine Grenzen aufgezeigt. Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie abhängig die deutsche Wirtschaft von globalen Lieferketten ist. Dies liegt unter anderem daran, dass Deutschland für die Größe des eigenen Marktes eine sehr offene Volkswirtschaft ist. Die Offenheit hat sich seit 1992 fast verdoppelt. Länder mit vergleichbarer Binnenmarktgröße wie Frankreich, Großbritannien und Italien, sind deutlich weniger offen (vgl. Felbermayr *et al.*, 2018, S. 1). Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands basiert auf der Liberalisierung des Handels und der internationalen Arbeitsteilung

(vgl. Felbermayr et al., 2018, S. 12). Das Freihandelsmodell, welches lange Zeit Wohlstand und damit auch gute Beziehungen gefördert hat, schafft dadurch auch wirtschaftliche Abhängigkeiten, welche für geopolitische Interessen genutzt werden können und im Kontext einer globalen Machtverschiebung eine besondere Bedeutung kriegen. Dies birgt (Sicherheits-)Politische Risiken und könnte zu technologischen Rivalitäten führen. Zudem wächst die Kritik an bilateralen Beziehungen mit autokratischen Staaten, wie bspw. China (vgl. Kamin *et al.*, 2023, S. 23). Im Folgenden werden einzelne Aspekte der wirtschaftlichen-, politischen-, technologischen und ideologischen Dimension betrachtet und die daraus entstehenden Risiken für Deutschland. Diese Aspekte sind nicht klar voneinander zu trennen, im Verlauf kann es folglich zu Überschneidungen kommen.

8.2.1 Wirtschaftliche Dimension - Abhängigkeiten

Der russische Krieg gegen die Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen verdeutlichen, wie sehr der deutsche Wohlstand von günstigen russischen Rohstoffen abhängig ist, da Deutschland selbst über keine wettbewerbsfähigen Energierohstoffe verfügt (vgl. Kamin et al., 2023, S. 24). Die Versorgung kritischer Rohstoffe und Energieversorgung der EU ist im besonderen Maße vom Ausland (nicht EU) abhängig (vgl. Schnitzer *et al.*, 2022, S. 12). Die Abhängigkeit Deutschlands von Vorprodukten und Rohstoffen wird bei der Betrachtung des Anteils ausländischer Bruttowertschöpfung je Exporteinheit deutlich. Nahezu 30% der Exporte des Verarbeitenden Gewerbes beinhalten ausländische Vorprodukte (besonders große Abhängigkeit: Koks-, Erdöl- und Metallindustrie). Diese Abhängigkeit von globalen Wertschöpfungsketten hat im Laufe der Zeit stetig zugenommen (vgl. Schnitzer et al., 2022, S. 375). Die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit Deutschlands (auch anderer Länder) hängt im besonderen Maße von Importen kritischer Rohstoffe ab, diese sind im Zuge des technologischen Wandels essenziell für Schlüsselindustrien (vgl. Schnitzer et al., 2022, S. 377) (Schlüsseltechnologien sind Technologien, die eine entscheidende Rolle in technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen spielen, sie tragen im besonderen Maße zur Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens und einer Volkswirtschaft bei (vgl. Expertenkommission Forschung und Innovation, 2022, S. 16)). Die Förderung kritischer Rohstoffe ist geographisch sehr stark konzentriert, 80% der seltenen Erden werden in China gefördert, die Metalle Palladium und Platin stammen zu 75% aus Südafrika und Russland. Für Deutschland ergibt sich so bei 15 von 19 Rohstoffgruppen eine starke Abhängigkeit von China, Norwegen, Frankreich und den USA (vgl. Schnitzer et al., 2022, 378 f.).

Handlungsempfehlung:

Die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen und ihre Bedeutung für Schlüsselindustrien sind aufgrund des zunehmenden Protektionismus kritisch zu betrachten. Diese Güter sichern den nachhaltigen Wohlstand Deutschlands. Eine Diversifikation der Bezugsquellen ist folglich zu empfehlen, da die Abhängigkeit von einzelnen Staaten die Abhängigkeiten verschärft und potenzielle politische Spannungen in einem Versorgungsengpass münden können (Gasengpass zu Beginn der Sanktionen gegen Russland), welcher zur Schwächung der heimischen Wirtschaft führt. Zudem stärkt eine Diversifizierung der Bezugsquellen die Resilienz von Lieferketten, somit können äußere Schocks (bspw. Sperrung des Suezkanals 2021) abgefedert werden (vgl. D'Aguzzo et al., 2021, S. 26).

8.2.2 Politische Dimension - Handelskriege

Die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen ist für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand einer Nation von entscheidender Bedeutung. Somit können die aktuellen protektionistischen Entwicklungen in Verbindung mit dieser Abhängigkeit schwerwiegende Auswirkungen auf die globalisierte deutsche Wirtschaft und den Wohlstand haben. Bei Handelskriegen besteht folglich das Risiko, dass der Wohlstand abnimmt, sofern essenzielle Güter nicht oder teurer importiert werden können. Am Beispiel des Handelskrieges zwischen den USA und China wird demonstriert, welche Gefahren mit protektionistischen Maßnahmen einhergehen.

Der Paradigmenwechsel der USA im Zuge des Handelskrieges mit China, deutet auf die zunehmende Bedeutung geökonomischer Mittel, zum Erzielen ökonomischer und außenpolitischer Ziele, hin. Geökonomische Mittel können Sanktionen und Exportbeschränkungen sein, die Beschränkung oder Öffnung des Zugangs für Anleihen und Finanztransaktionen, sie umfassen folglich protektionistische Maßnahmen (vgl. Görg und Kamin, 2021, S. 854). Das Beispiel des Handelskrieges zwischen den USA und China zeigt die negativen Folgen solcher geökonomischer (protektionistischer) Maßnahmen auf. Die erhobenen Zölle für chinesischer Produkte sollten den Effekt haben, die inländische Güterproduktion anzuregen, oder zu Handelsumlenkungseffekten (auf alternative Lieferländer zurückzugreifen und sich folglich unabhängig von chinesischen (Vorleistungs-) Gütern machen) führen. In ausgewählten Branchen konnten Umlenkungseffekte erzielt werden (Taiwan trat oft an die Stelle Chinas bei bestimmten elektronischen Produkten), sorgten aber

letzten Endes für eine Teuerung für US-Bürger (die Preissteigerung für Vorleistungen können diese Teuerung verstärken) und die Industrie. Die USA profitiert bislang nicht von diesen protektionistischen Maßnahmen, sie schaden neben der USA und China auch Drittstaaten (vgl. Deutsche Bundesbank, 2020, 55 ff.). Protektionistische Maßnahmen führen folglich nicht zwingend zu Umlenkungseffekten oder Förderung der heimischen Produktion. Sie führen in der Regel zur Teuerung der heimischen Güter. Weiter ist die heimische Produktion auch von den oben genannten Rohstoffen und Vorleistungen abhängig, die Deutschland aufgrund, der Ressourcenausstattung, nicht leisten kann.

Neben dem Risiko der Teuerung, spielt im Kontext der geoökonomischen Maßnahmen auch Chinas Staatsform und seine Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle. Trump begründete seine geoökonomischen Maßnahmen mit Vorwürfen der unfairen Handelspraktiken und des Diebstahls geistigen Eigentums seitens Chinas (vgl. Diekmann und Kilpper, 2022, S. 204). Die enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft erleichtert es China, geistiges Eigentum ausländischer Unternehmen zu erlangen, oder davon zu profitieren, ohne dass es die üblichen Schutzmechanismen oder Konsequenzen gibt. Weiter wird kritisiert, dass die staatliche Subventionierung chinesischer Unternehmen zur Wettbewerbsverzerrung führt. Zudem steht der erzwungene Technologietransfer von ausländischem Unternehmen in der Kritik (vgl. Overhaus et al., 2020, S. 18). Alles in allem führen die gestiegenen Risiken im internationalen Handel zu Unsicherheiten bei Investitionen, diese trugen zur Verlangsamung der globalen Wirtschaft im Jahr 2019 bei (vgl. Hilpert, 2020a, S. 30).

Die Gefahr einer Eskalation eines solchen Handelskrieges wurde zwar durch ein Abkommen beider Staaten verhindert, indem sie erklärten keine weiteren Zölle zu erheben, oder bestehende zu erhöhen. Der ursprüngliche politische Konflikt bleibt jedoch ungelöst und birgt Gefahren einer weiteren Eskalation. Außerdem haben beide Staaten grundlegende Prinzipien der WTO missachtet. China durch die Missachtung grundlegender Prinzipien wie der Nichtdiskriminierung und Transparenz, die USA durch wiederholte Verletzungen von Kernbestimmungen des WTO-Vertrags und durch die Verhängung von Strafzöllen. Die Missachtung stellt die Legitimation der WTO in Frage. Zukünftig könnten die WTO-Rahmenbedingungen durch bilaterale- und multilaterale Handelsabkommen ersetzt werden, die von politischer Macht abhängig sind. In diesem Kontext würde der Einflussbereich Chinas und der USA als Großmächte wachsen, für Drittstaaten wie Deutschland hätte dies weitreichende Konsequenzen. Während die Großmächte ihre nationalen Interessen verfolgen, könnte eine

Verschärfung des Konflikts im schlimmsten Fall darin münden, dass Unternehmen vor der Entscheidung stehen, Geschäfte mit China oder der USA zu machen (vgl. Görg und Kamin, 2021, S. 855; Hilpert, 2020a, 30 f.).

Handlungsempfehlung:

Grundlegend sollte die EU ihre neutrale Position in der handelspolitischen Auseinandersetzung der USA mit China beibehalten. Denn beide Länder verstoßen gegen die Regeln der WTO, eine Positionierung seitens der EU würde zum einen den Prinzipien des freien Binnenmarktes widersprechen und zum anderen die Glaubwürdigkeit gegenüber Drittstaaten verringern (vgl. Hilpert, 2020a, S. 31). Die EU und Deutschland haben die Möglichkeit, durch Handels- und Investitionsabkommen mit gleichgesinnten Partnern, ihre geopolitische Reichweite zu vergrößern, ihr Verhandlungsgewicht zu stärken und sich durch Diversifizierung der Partner, von Risiken abzusichern. Dafür sollte weiter an die regelgebundenen Leitbilder des Freihandels festgehalten werden. Wie das Beispiel des Handelskrieges zeigt, sollten Schutzinstrumente sehr bedacht eingesetzt werden. Diese sollten im Beispiel von China nur die Benachteiligung europäischer- und deutscher Unternehmen verhindern, indem sie die Sicherung des geistigen Eigentums gewährleisten, oder Wettbewerbsverzerrung sanktionieren. Schutzzölle wirken sich zumeist negativ auf die eigene Wirtschaft aus. Auch Sanktionen sind umstritten, da es unklar ist, ob sie zur beabsichtigten politischen Veränderung führen. Sie führen in der Regel immer zu negativen wirtschaftlichen Folgen, sowohl für jene, die die Sanktionen verhängen, als auch für die, die sie treffen, sowie Drittstaaten die nicht direkt betroffen sind (vgl. Görg und Kamin, 2021, 855 f; Hilpert, 2020a, S. 31; Chowdhry et al., 2020, S. 12).

8.2.3 Technologische Dimension – Machtinstrument

Da in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, dass Deutschland (oder ein anderes Land) das technologische Niveau der USA oder China erreicht, ist Deutschland auf die (digitalen) Güter angewiesen. Es ist damit zu rechnen, dass beide Staaten die Vergrößerung des technopolitischen Einflusses anstreben, was die wirtschaftlichen Handlungsspielräume für Deutschland verkleinert (vgl. Schulze und Voelsen, 2020, S. 35). Eine Vielzahl von Staaten, unter anderem Deutschland, sind auf Technologien der USA angewiesen. Gerade im Bereich Soziale Netzwerke, Hard- und Software für Mobiltelefone, Laptops und Desktops und Cloud-Services sind die USA Marktführer. China versucht in diesen Bereichen aufzuholen (vgl. Schulze und Voelsen, 2020, 32 f.). Deutschland ist von ausländischer (vorwiegend US-amerikanischer)

Technologie abhängig. Dies kann zu Problemen führen, wenn diese Abhängigkeit als Machtinstrument benutzt wird. Die Unternehmen geben bspw. durch die Ausgestaltung ihrer Technologie auch einen Wertekanon vor, denn: Technik ist nie neutral. Bei Sozialen Netzwerken wie Facebook (USA) oder WeChat (China) ist die Technik auch von den Wertevorstellungen und Gesetzen des Entwicklungslandes beeinflusst, was Auswirkungen auf z.B. die Grenzen der Meinungsfreiheit haben kann. Durch die Marktmacht und die Abhängigkeit der Konsumenten von diesen Produkten (weil kompetitive Alternativen fehlen, oder Anreize aufgrund von Netzwerkeffekten zu groß sind, um eine alternative Technik zu nutzen) wird die Problematik der fehlenden Konkurrenz verstärkt (vgl. Schulze und Voelsen, 2020, S. 34). Zudem sind Soziale Netzwerke auch Teil des politischen Wahlkampfes und spielen eine entscheidende Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung. Sie haben somit auch eine Verantwortung bei der Verbreitung von demokratiegefährdenden Inhalten wie Falschinformationen, Populismus oder Rechtsextremismus (vgl. Küpper et al., 2021, 43 ff; Schulze und Voelsen, 2020, S. 34).

Handlungsempfehlungen:

Da es an Alternativen fehlt, ist Deutschland auf US-amerikanische oder chinesische technologische (digitale) Güter angewiesen. Dies führt zu einem verengten Handlungsspielraum für Deutschland. Zum einen kann Deutschland voll auf die Technologie einer der beiden Nationen setzen und die Infrastruktur dahingehend auslegen, was eine einseitige Abhängigkeit schaffen würde, jedoch auch eine Unabhängigkeit der nicht gewählten Bezugsquelle (vgl. Schulze und Voelsen, 2020, S. 36). Um Abhängigkeiten abzubauen, können Staaten wie Deutschland, die keine eigene wettbewerbsfähige, digitale Technologie aufweisen, eigenentwickelte digitale Technologien entwickeln. Diese Variante wäre jedoch mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden, jahrzehntelange staatliche Investitionen wären nötig, um eine annähernd wettbewerbsfähige Technologie zu entwickeln. In Anbetracht der ökonomischen Herausforderungen ergibt sich eine erhebliche Schwierigkeit beim Aufholen und langfristigen Durchsetzen im Bereich der Digitaltechnologie aufgrund des Mangels an wirksamen Netzwerkeffekten. Weiter stehen in Deutschland öffentliche Gelder vor mehreren Herausforderungen. Steigende Energiepreise im Zuge des russischen Krieges in der Ukraine, die Bereitstellung von 100 Mrd. Euro für die Modernisierung der Bundeswehr und das Erreichen der nationalen Klimaziele könnten dazu führen, dass die Industriepolitik im

Technologie-Sektor an Bedeutung verliert (vgl. Barker und Hageböllin, 2022, S. 48; Schulze und Voelsen, 2020, S. 36).

Die Festlegung auf die Technologie einer Sphäre (USA, China) kann zu Spannungen in den internationalen Beziehungen führen und ist folglich wenig realistisch, weiter ist nicht absehbar, welche Technologie sich langfristig durchsetzt. Der Aufbau eigener digitaler Technologie scheint aufgrund der hohen Kosten und der geopolitischen sowie innerstaatlichen Herausforderungen wenig realistisch.

Eine umsetzbare, realistischere Alternative wäre ein selektiver Bezug aus beiden Nationen. Schon heute haben beide Sphären in Europa Einfluss, wodurch diese Möglichkeit am naheliegendsten scheint. Es muss auch erwähnt werden, dass keine einseitigen Abhängigkeiten vorliegen. Die EU und im besonderen Maße Deutschland, verfügt über Wissen und Technologien im Bereich der medizinischen Forschung sowie der industriellen Fertigung, die für China und die USA unverzichtbar sind. Diese beidseitige Abhängigkeit kann zur Prävention von Konflikten, oder in Zeiten der Eskalation als Druckmittel (*bargaining chip*) fungieren (vgl. Schulze und Voelsen, 2020, S. 35).

8.2.4 Ideologische Dimension – Neuauflage des Ost-West-Konflikts

In Zeiten zunehmender geopolitischer Herausforderungen und spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine stellt sich die Frage, ob der Ansatz der deutschen internationalen Beziehungen noch zeitgemäß ist. Chinas zunehmende Radikalisierung stellt vor dem Hintergrund seines Aufstiegs eine besondere Herausforderung für Deutschland (westliche Demokratien) dar (vgl. Gerards Iglesias und Cevik, 2022, S. 1). Zudem zeigen die Reaktionen in der Bevölkerung, der Presse und der staatlichen Organen im Zuge der Fußball Weltmeisterschaft in Katar, dass auch ethische Aspekte in der Außenpolitik an Bedeutung gewinnen (Institut für Wirtschaftsethik Universität St. Gallen, 2022; Panja und Smith, 2022).

Neben der Kommunistischen Partei China (KPC) gibt es zwar acht weitere sogenannte „Demokratische Parteien“, diese sind jedoch als „Einheitsfront“ der KPC untergeordnet. Die Machtzentrale bildet ein sehr kleiner Personenkreis, die höchste formale Autorität hat der KPC-Generalsekretär, gegenwärtig Xi Jinping (vgl. Heilmann, 2004, S. 38). Chinas Wirtschaftssystem lässt sich als Staatskapitalismus betiteln, dieser steht im Wertekonflikt mit den demokratischen westlichen Marktwirtschaften. Die Unterschiede sind jedoch nicht so trennscharf wie sie es zu Zeiten des Kalten Krieges waren. Zum einen ist China in das politische und wirtschaftliche westliche System integriert. Zum anderen sieht sich die USA (spätestens

seit dem Amtsantritt Donald Trumps) nicht mehr als Hüter der liberalen Weltordnung, sondern verteidigt primär amerikanische (bzw. westliche) Werte und Interessen (vgl. Hilpert, 2020b, 37 f.). Es geht also nicht um die Verbreitung westlicher Werte, sondern um eine Strategie für mehr Widerstandsfähigkeit gegenüber Autokratien und den dadurch entstehenden Gefahren wie politischer Erpressung (vgl. Gerards Iglesias und Cevik, 2022, S. 1). Die steigende Zahl von Autokratien oder „unfreier Staaten“ verschärft dieses Problem zusätzlich (vgl. Gorokhovskaia et al., 2023, S. 16).

Handlungsempfehlungen:

Die angestrebte „wertegeleitete Außenpolitik“ (vgl. Baerbock, 2023) der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock ist grundsätzlich etwas Erstrebenswertes. Sie darf jedoch nicht das einzige Ziel der Außenpolitik sein. Die anstehenden Krisen wie der Klimawandel, Zuwanderung aus dem globalen Süden und zunehmende politische Spannungen werden nicht zu bewältigen sein, wenn eine starre Blockbildung das Resultat einer weitergeleiteten Außenpolitik ist (vgl. Gerards Iglesias und Cevik, 2022, S. 3). Zudem kann es zu Widersprüchlichkeiten führen, sofern Länder aufgrund ihrer Innenpolitik verurteilt werden. Die Regierung Katar warf Deutschland aufgrund der zu verurteilenden Arbeitsbedingungen zu Zeiten der Weltmeisterschaft Doppelmoral vor, da Deutschland trotz der öffentlichen Kritik über die Rechte queerer Menschen sowie der Arbeits- und Menschenrechte, Gas aus Katar bezogen hatte (vgl. Panja und Smith, 2022). Diese Vorwürfe müssen fein justiert sein, da sie im schlimmsten Fall zu Reaktionen in wirtschaftspolitischer Hinsicht (Sanktionen, Handelsembargos, Zölle) führen können, gerade in autokratischen Regimen, in denen die Macht auf einen kleinen Personenkreis konzentriert ist. Außerdem schadet es der Glaubwürdigkeit Deutschlands bei Drittstaaten. Alles in allem ist es entscheidend, eine wertegeleitete Außenpolitik nicht aus dem Affekt heraus zu betreiben. Es sollte immer abgewogen werden, welche potenziellen Schäden durch Statements, Handelsembargos etc. entstehen. Eine Diversifizierung der Handelspartner kann auch hier vor einer potenziellen Erpressbarkeit schützen und folglich einer wertegeleiteten Außenpolitik helfen (vgl. Hilpert, 2020b, S. 40).

Unabhängig der wertegeleiteten Außenpolitik, sollte ein zunehmendes Auseinanderdriften von Autokratien und Demokratien verhindert werden, um eine starre Blockbildung wie zu Zeiten des Kalten Krieges zu vermeiden. Trotz aller kultureller, religiöser und moralischer Unterschiede sollte das kollektive Überwinden der globalen Probleme (Klimawandel, Kriege,

Armut, Rassismus) an erster Stelle stehen, da diese von keiner Nation allein gelöst werden können (vgl. Gerards Iglesias und Cevik, 2022, S. 3).

8.3 Fazit II und Verbindung zu I

Die Bundesrepublik Deutschland sollte eine ausgewogene Außen- und Wirtschaftspolitik verfolgen, die auf Prinzipientreue, Kooperation, Unabhängigkeit und Diversifikation setzt. Dies beinhaltet die Stärkung der europäischen Einheit und die Aufrechterhaltung einer unabhängigen Position im globalen Handel. Die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen und Technologien sollte durch die Diversifikation der Bezugsquellen reduziert werden. Dabei sollte Deutschland seine Stärken in Bereichen wie medizinischer Forschung und industrieller Fertigung nutzen, um eine wechselseitige Abhängigkeit zu schaffen. Wertegeleitete Außenpolitik ist wichtig, sollte jedoch mit Bedacht ausgeübt werden, um wirtschaftliche Schäden zu vermeiden. Schließlich sollte Deutschland aktiv dazu beitragen, ein Auseinanderdriften von Autokratien und Demokratien zu verhindern, um gemeinsam globale Herausforderungen anzugehen. Zusammenhalt und Kooperation machen es möglich, Krisen zu bewältigen und Frieden zu schaffen. Solidarität und Zusammenarbeit können es möglich machen, den Nationalen Wohlstand und den Wohlstand der Nationen zu erreichen.

Die Geschichte zeigt, dass die Debatte und die ständige Abwägung wichtig sind, um den Diskurs aufrecht zu erhalten, was zum ständigen Hinterfragen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen führen sollte. Zudem wird das Argument der Kooperation durch die negativen Auswirkungen einer Spaltung (wie zu Zeiten des Kalten Krieges) deutlich. Die Geschichte zeigt zudem, dass Krisenzeiten immer den aktuellen Status-Quo angezweifelt haben oder zumindest zu einem Überdenken führten. Man sollte somit auch die Frage in den Raum stellen, welche Gründe zu den heutigen Krisen geführt haben und diese Handlungen zukünftig stärker hinterfragen.

John Maynard Keynes Rede vor dem britischen Oberhaus behält nach wie vor ihre Aktualität, da sie eine treffende Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen bietet: Eine sich verändernde Weltordnung, der steigende Protektionismus und die zunehmende Frontenbildung. Keynes Worte erinnern daran, wie wichtig es ist, die Prinzipien des kooperativen und friedlichen Handels sowie des gegenseitigen Nutzens und der Gleichbehandlung aufrechtzuerhalten.

Ausschnitt aus John Maynard Keynes Rede vor dem britischen Oberhaus (House of Lords) am 18.12.1945:

„Getrennte Wirtschaftsblöcke und all die Reibungen und der Verlust von Freundschaft, die sie mit sich bringen, sind Notlösungen, zu denen man in einer feindlichen Welt getrieben werden kann, in der der Handel in weiten Bereichen aufgehört hat, kooperativ und friedlich zu sein, und in der die gesunden Regeln des gegenseitigen Vorteils und der Gleichbehandlung vergessen sind. Aber es ist sicher verrückt, das vorzuziehen.“ (Keynes, 1945).

9. Limitationen und kritische Würdigung

Die zentralen Limitationen dieser Arbeit sind auch ihre Kritik. Die Multifaktorialität der Thematik im Zusammenhang mit einem begrenzten Umfang, machen die Beantwortung nur durch Reduktion möglich. Die Thematik wurde auf ihre grundlegenden Komponenten reduziert, um trotz der Komplexität, ein gutes Verständnis zu erreichen. Folglich kann keine detaillierte, allumfassende Antwort gegeben werden.

Weiter geht die präzise Beantwortung der Fragstellung auch mit einer aktuellen Datenlage einher, welche das Format der gewählten Literaturanalyse nicht bietet. Dieses wurde aufgrund des historischen Zusammenhangs und aufgrund der Komplexität gewählt (gleiche Limitation aufgrund der Multifaktorialität).

Die Komplexität der einzelnen Thematiken im Rahmen einer Bachelorarbeit, machen es schwer, in die Tiefe der einzelnen Aspekte zu gehen. Die Frage nach einer sich verändernden Weltordnung ging mit einer Vielzahl von Unterstellungen voraus. Zum einen, dass es eine Weltordnung gibt, zum anderen dass es eine klare Hierarchie gibt. Die einzelnen Schattierungen und Einflussfaktoren, welche Auswirkungen auf die Hierarchie haben, wurden dahingehend nicht im Detail betrachtet, da dies den Rahmen der Arbeit überschritten hätte. Es wurde folglich versucht die detaillierte Beschreibung der Einflussfaktoren auf die Weltordnung zu minimieren. Die Einflussfaktoren Macht, Wohlstand und Ressourcen sind an und für sich bereits äußerst komplexe und facettenreiche Aspekte, die eine tiefgehende und nuancierte Analyse erfordern. Die Auswahl der geschichtlichen Wendepunkte wurde aufgrund der Limitation des Umfangs der Ausarbeitung auf ausgewählte Zeitpunkte reduziert. Gleiches gilt für die Auswahl der Ökonomen.

Da sich die Arbeit mit den Auswirkungen geschichtlicher Wendepunkte auf ökonomische Positionen beschäftigt, können keine verlässlichen, detaillierten Zusammenhänge über andere Einflussfaktoren auf die ökonomischen Positionen geschlossen werden. Die Anwendung der Erkenntnisse der Vergangenheit auf die Gegenwart ist aufgrund der starken Veränderungen in z.B. der Wirtschaft nur bedingt möglich.

Es wurde bewusst versucht, das theoretische Vorgehen ideologiefrei zu gestalten, um eine neutrale und objektive Analyse zu gewährleisten. Dies wurde in besonderer Art und Weise bei der Betrachtung der ökonomischen Positionen angestrebt, da diese stark von ideologischen Konzepten beeinflussbar sind. Nichtsdestotrotz wurde die Arbeit stark von westlicher Literatur geprägt, folglich westlicher Geschichtsschreibung und Ökonomen.

10. Ansätze für zukünftige Forschung

Die vorliegende Arbeit liefert neben einer gesamtheitlichen Darstellung der Entwicklung ökonomischer Positionen, einen umfassenden Überblick über die aktuellen Entwicklungen einer sich verändernden Weltordnung und die Herausforderungen denen Deutschland gegenübersteht. Die Kategorien, in denen die Auswirkungen der Weltordnung auf Deutschland dargestellt wurden, können einzeln erforscht werden. Es könnte bspw. eine empirische Betrachtung der deutschen Industrie herangezogen werden, um die Abhängigkeiten quantifizierbar zu machen und konkrete Lösungsansätze ableiten zu können. Der historische Hintergrund liefert dahingehend die Grundlagen der ökonomischen Positionen und zeigt, wie und warum sich diese bereits in vergangenen Krisen veränderten.

Die Untersuchung spezifischer geschichtlicher Wendepunkte und ihre Auswirkungen auf den ökonomischen Diskurs von Freihandel vs. Protektionismus könnte in zukünftigen Forschungsarbeiten weiter ausgefeilt werden. Dies könnte dazu beitragen, ein genaueres Verständnis der Zusammenhänge und der Entwicklung dieses Diskurses im Laufe der Zeit zu gewinnen. Es könnten spezifische Ereignisse betrachtet werden, die aktuellen Geschehnissen ähneln, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Die Auswirkungen des ökonomischen Diskurses können je nach Land, Region und wirtschaftlicher Stärke unterschiedlich sein. Zukünftige Forschende könnten eine vergleichende Analyse durchführen, um festzustellen, wie verschiedene Länder, einschließlich Deutschland, auf geschichtliche Wendepunkte reagiert haben und welchen Einfluss dies auf ihre Wirtschaftspolitik und Position in der Welt hatte. Es könnte dahingehend auch auf Literatur und Interpretationen aus verschiedenen Kulturräumen zurückgegriffen werden, um eine weitreichendere Sicht zu erhalten.

Das Weltordnungskonzept ist hochdynamisch und sehr komplex. Die Arbeit kann ein grundlegendes Verständnis schaffen, mit Hinblick auf zukünftige Entwicklungen der Weltordnung und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik.

Die Forschung könnte sich auf die bspw. sozioökonomischen Auswirkungen des Diskurses konzentrieren. Welche Auswirkungen hat die Wirtschaftspolitik auf die Gesellschaft, die Arbeitsplätze, das Einkommensgefälle und die soziale Gerechtigkeit?

Die Vielzahl an Möglichkeiten zeigt die Komplexität, sowie die Individualität der Thematik. Eine einheitliche Betrachtung ist gleichermaßen schwierig, wie das Formulieren absoluter Aussagen. Henry Kissinger nennt das Problem des Konzeptes der Weltordnung: „(...) *the ultimate international problem of our day*” (Kissinger, 2015, S. 375). Um das ultimative Problem der Gegenwart zu lösen, ist eine intensive Forschung nötig, um Probleme zu identifizieren und Handlungsempfehlungen ableiten zu können.

Literaturverzeichnis

Acheson, D. (1973), *This vast external realm*, New York Norton.

Arthur, W. B. (1989), „Competing Technologies, Increasing Returns, and Lock-In by Historical Events“, *The Economic Journal*, 99. Jg., Nr. 394, 116-131.

Baerbock, A. (2023), „Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, zu 25 Jahren Wittenberg-Zentrum für globale Ethik am 23. Juni 2023“, *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 74-5.

Barker, T. und Hageböllin, D. (2022), „Eine digitale Grand Strategy für Deutschland. Digitale Technologien, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und nationale Sicherheit in Zeiten geopolitischen Wandels“, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. - Bericht*, Nr. 8.

Bartel, F. (2022), *The triumph of broken promises: The end of the Cold War and the rise of neoliberalism*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, London, England.

Beevor, A. (2016), *Der Zweite Weltkrieg*, Erste Auflage, Pantheon, München.

Biebricher, T. (2021), *Die politische Theorie des Neoliberalismus*, *Suhrkamp taschenbuch wissenschaft*, Bd. 2326, Suhrkamp, Berlin.

Bontrup, H.-J. (2002), „Zum Neoliberalismus. seine Ausrichtung und Ergebnisse“, *Sozialer Fortschritt*, 51. Jg., S. 46–52.

Borger, J. (2023), „Brics to more than double with admission of six new countries“, *The Guardian*, 24 August, verfügbar unter <https://www.theguardian.com/business/2023/aug/24/five-brics-nations-announce-admission-of-six-new-countries-to-bloc> (Zugriff am 10. Oktober 2023).

Cambridge Dictionary (2023a), „neo“, in Cambridge Dictionary (Hg.).

Cambridge Dictionary (2023b), „turning point“, in Cambridge Dictionary (Hg.).

Chil'ko, V. A. (1974), *Lenins Lehre von den ökonomischen Grundlagen des Sozialismus: Leninskoe učenie ob ékonomičeskich osnovach socializma*, Dt.-sprachige Ausg. d. Gemeinschaftswerkes d. Verl. Ekonomika, Moskau, u. Die Wirtschaft, Berlin, Verlag Die Wirtschaft, Berlin.

Chowdhry, S., Felbermayr, G., Hinz, J., Kamin, K., Jacobs, A. und Mahlkow, H. (2020), „The Economic Costs of War by Other Means“, *Kiel Policy Brief*, Nr. 147.

D'Aguanno, L., Davies, O., Dogan, A., Freeman, R., Lloyd, S., Reinhardt, D., Sajedi, R. und Zymek, R. (2021), „Global value chains, volatility and safe openness: is trade a double-edged sword?“, *Bank of England - Financial Stability Paper*, Nr. 46.

Deutsche Bundesbank (2020), „Folgen des zunehmenden Protektionismus“, *Monatsbericht Januar 2020*, S. 49–71.

Diekmann, B. und Kilpper, M. (2022), „Zollkrieg und Handelsabkommen zwischen den USA und China“, *Wirtschaftsdienst*, 102. Jg., S. 204–209.

Eichengreen, B. (1984), „Keynes and Protection“, *The Journal of Economic History*, Nr. 44, S. 363–373.

Expertenkommission Forschung und Innovation (2022), *Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschland*.

Falk, R. (2023), „World Order“, verfügbar unter <https://pesd.princeton.edu/node/696>.

- Felbermayr, G., Gröschl, J. K., Kohler, W., Brändle, T. und Koch, A. (2018), *Auswirkungen der Marktöffnung im Außenhandel für Wirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland (1990–2014): Studie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) Endbericht zum 28. August 2017 = The implications of market liberalisation and free trade for the economy, growth and employment in Germany, 1990–2014, ifo-Forschungsberichte*, 92 (2018), ifo Institut, München.
- Friedman, M. (2009), *Capitalism and freedom*, 40. anniversary ed., [Nachdr.], University of Chicago Press, Chicago.
- Friedman, M., Leeson, R., Palm, C. G., Hamowy, R., Raico, R. und Rothbard, M. (1961), „Capitalism and Freedom. by Milton Friedman“, *New Individualist Review*.
- Fritz, R. und Goldschmidt, N. (2020), „Neoliberalismus“, in Herder, V. (Hg.), *Staatslexikon: Recht - Wirtschaft - Gesellschaft. Bd. 4: Milieu - Schuldrecht, Staatslexikon 8. Aufl.*, 1. Auflage, Verlag Herder, Freiburg, S. 266–268.
- Fukuyama, F. (1992), *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, Kindler, München.
- Gerards Iglesias, S. und Cevik, D. (2022), „Abschottung ist keine Option. Autokratien gewinnen an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung“, *IW-Kurzbericht*, Nr. 99.
- Geyer, D. (2021), *Das russische Imperium: Von den Romanows bis zum Ende der Sowjetunion*, De Gruyter Oldenbourg, Berlin.
- Görg, H. und Kamin, K. (2021), „Globalisierung trifft Geoökonomie“, *Wirtschaftsdienst*, 101. Jg., Nr. 11, S. 854–857.
- Gorokhovskaia, Y., Shahbaz, A. und Slipowitz, A. (2023), „Freedom in the World 2023“, *Freedom House annual report on political rights and civil liberties*.
- Govers, J. (2012), „The Infant Industry Argument: a Critical Scrutiny“, Master Thesis, Stockholm School of Economics, Stockholm, 2012.
- Hacke, C. (2017), „Weltordnung“, in Kühnhardt, L. und Mayer, T. (Hg.), *Bonner Enzyklopädie der Globalität, SpringerLink Bücher*, Springer VS, Wiesbaden, S. 1291–1302.
- Hayek, F. (2014), *Der Weg zur Knechtschaft, Olzog Edition*, Lau-Verlag, Reinbek.
- Heilmann, S. (2004), *Das politische System der Volksrepublik China*, 2., aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, s.l.
- Hilpert, H. G. (2020a), „Handel, Wirtschaft, Finanzen: Rivalitäten, Konflikte, Eskalationsrisiken“, in Lippert, B. und Perthes, V. (Hg.), *Strategische Rivalität zwischen USA und China*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, S. 27–31.
- Hilpert, H. G. (2020b), „Werte und Ordnungen: Ideologische Konflikte und Herausforderungen“, in Lippert, B. und Perthes, V. (Hg.), *Strategische Rivalität zwischen USA und China*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, S. 37–40.
- Hobsbawm, E. J. (Hg.) (1995), *Indust: From 1750 to the present day*, [New ed.], rev. ed., [2. ed], Penguin Books, London.
- Hobsbawm, E. J. (2000), *The age of revolution: Europe 1789-1848*, Phoenix, London.
- Hobsbawm, E. J. (2014), *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, dtv, Bd. 30657, 12. Aufl., Dt. Taschenbuch-Verl., München.

- Holtmann, E. (2000), *Politik-Lexikon*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Huntington, S. P. (2002), *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Goldmann, Bd. 15190, Vollst. Taschenbuchausg. ; 8. Aufl., Goldmann, München.
- Institut für Wirtschaftsethik Universität St. Gallen (2022), *Gutachtliche (Kurz-)Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichen Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 4. Juli 2022 zum Thema "Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022"*, St. Gallen.
- Jackson, B. (2010), „At the Origins of Neo-Liberalism: The Free Economy and the Strong State, 1930–1947“, *The Historical Journal*, 53. Jg., Nr. 1, S. 129–151.
- Kamin, K., Bayerlein, M. und Dombrowski, J. (2023), „Zeitenwende für die Außenwirtschaftspolitik. Autokratisierung, strategische Inputs und Abhängigkeiten“, *Wirtschaftsdienst*, 103. Jg., Nr. 13, S. 23–26.
- Karger, A. (Hg.) (1987), *Sowjetunion, Fischer-Taschenbücher Fischer-Handbücher*, Bd. 6297, Ill. Orig.-Ausg., durchges. u. aktualisierte Aufl., 41. - 47. Tsd, Fischer-Taschenbuch-Verl., Frankfurt am Main.
- Kates, S. (2021), *Classical economic theory and the modern economy*, Paperback edition, Edward Elgar Publishing, Cheltenham, UK, Northampton, MA, USA.
- Keynes, J. M. (1926), *The End of Laissez-Faire*.
- Keynes, J. M. (1945), *Rede vor dem britischen Oberhaus (House of Lords) am 18.12. 1945*, Bd. 138.
- Keynes, J. M. (1980), *The collected writings of John Maynard Keynes*, Macmillan, London.
- Keynes, J. M. (2009), *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 11., erneut verb. Aufl., Duncker & Humblot GmbH, Berlin.
- Kissinger, H. (2015), *World order*, Penguin Books, New York/N.Y.
- Klein, L. R. (1966), *The Keynesian Revolution, Keynesian Studies*, 2nd ed., Palgrave Macmillan UK, London.
- Kolb, G. (2004), *Geschichte der Volkswirtschaftslehre: Dogmenhistorische Positionen des ökonomischen Denkens*, 2nd ed., Franz Vahlen, München.
- Komlosy, A. (2013), „Hegemonialer Wandel im Weltsystem: der Aufschwung Chinas“, *GIGA Focus*, Nr. 4.
- Köster, R. (2020), *Einführung in die Wirtschaftsgeschichte: Theorien - Methoden - Themen, utb Geschichtswissenschaft*, Bd. 4630, Ferdinand Schöningh, Leiden, Boston, Singapore, Paderborn.
- Krauthammer, C. (1990), „The Unipolar Moment“, *Foreign Affairs*, 70. Jg., Nr. 1, S. 23–33.
- Krugman, P. R. (2008), „Reagonomics“, *The New York Times*, 20 Januar, verfügbar unter <https://archive.nytimes.com/krugman.blogs.nytimes.com/2008/01/20/reagonomics/> (Zugriff am 10. Oktober 2023).
- Krugman, P. R., Obstfeld, M. und Melitz, M. J. (2019), *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft, wi wirtschaft*, Bd. 4365, 11., aktualisierte Auflage, Pearson, Hallbergmoos/Germany.

- Küpper, B., Berghan, W. und Zick, A. (2021), „Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen“, in Zick, A., Küpper, B. und Schröter, F. (Hg.), *Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Dietz, Bonn, S. 43–74.
- Kurz, H. D. und Ricardo, D. (Hg.) (2006), *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, 2., überarb. Aufl., Metropolis, Marburg.
- Kyrer, A. (2001), *Wirtschaftslexikon*, De Gruyter.
- Lachmann, W. (2004), *Grundlagen*, De Gruyter, Berlin, Boston.
- Launius, R. D. (2008), „Turning Point Impacts. What are turning points in History, and What Were they for the Space age?“, in Dick, S. J. und Launius, R. D. (Hg.), *Societal impact of spaceflight*, Washington, Dc, S. 19–40.
- Lenin, W. I. (1974), *Werke*, Juni - September 1917, 4. Aufl., Dietz Verlag, Berlin.
- Liddell Hart, B. H. (2019), *Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, 1. Aufl., Westend, Frankfurt/Main.
- List, F. (1841), *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Cotta'schen Verlag, Stuttgart.
- Maddison, A. (1987), „Growth and Slowdown in Advanced Capitalist Economies. Techniques of Quantitative Assessment“, *Journal of Economic Literature*, Nr. 25, S. 649–698.
- McNeill, W. H. (1997), „What we mean by the west“, *Orbis*, 41. Jg., Nr. 4, S. 513–524.
- Menon, S. (2022), „Nobody Wants the Current World Order. How All the Major Powers— Even the United States—Became Revisionists“, *Foreign Affairs*, 3 August, verfügbar unter <https://www.foreignaffairs.com/world/nobody-wants-current-world-order> (Zugriff am 10. Oktober 2023).
- Menzel, U. (2013), „Die Ordnung der Welt“, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:084-13053111374>, S. 166-189.
- Menzel, U. (2015), *Die Ordnung der Welt*, 1st ed., Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Mirowski, P. und Plehwe, D. (2015), *The Road from Mont Pèlerin*, Harvard University Press.
- Osterhammel, J. (2012), „Weltordnungskonzepte“, in Dülffer, J. und Loth, W. (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, Oldenbourg Verlag, München, S. 409–428.
- Overhaus, M., Rudolf, P. und Daniels, L. von (2020), „Die Wahrnehmung Chinas in den USA“, in Lippert, B. und Perthes, V. (Hg.), *Strategische Rivalität zwischen USA und China*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, S. 17–21.
- Panja, T. und Smith, R. (2022), „The World Cup That Changed Everything. The decision to take the World Cup to Qatar has upturned a small nation, battered the reputation of global soccer's governing body and altered the fabric of the sport.“, *The New York Times*, 18 Dezember, verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2022/11/19/sports/soccer/world-cup-qatar-2022.html> (Zugriff am 12. Oktober 2023).
- Pisani-Ferry, J. (2021), „The Geopolitical Conquest of Economics“, *Project Syndicate*, 30 September, verfügbar unter <https://www.project-syndicate.org/commentary/geopolitics-is-trumping-economics-by-jean-pisani-ferry-2021-09?barrier=accesspaylog> (Zugriff am 12. Oktober 2023).

- Polanyi, K. (2015), *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, 1st ed., Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Recktenwald, H. C. und Smith, A. (Hg.) (2009), *Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, dtv dtv-Klassik Literatur, Philosophie, Wissenschaft, Bd. 30149, Vollst. Ausg. nach d. 5. Aufl., London 1789, für d. Taschenbuch-Ausg. rev. Fassung, 12. Aufl., Dt. Taschenbuch-Verl., München.
- Reinhoudt, J. und Audier, S. (2019), *Neoliberalismus*, kursbuch.edition.
- Rieter, H. (2019), *Staatslexikon: Recht - Wirtschaft - Gesellschaft. Bd. 3: Herrschaft - Migration*, *Staatslexikon 8. Aufl*, Bd. 3, Verlag Herder, Freiburg.
- Rutherford, D. (2005), *Routledge dictionary of economics*, Routledge, London.
- Schaller, C. (2019), *"America first" - wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert*, German Institute for International and Security Affairs.
- Schattenberg, S. (2022), *Geschichte der Sowjetunion: Von der Oktoberrevolution bis zum Untergang*, *Beck'sche Reihe*, v.2935, 1st ed., C.H. Beck, München.
- Schaus, M. und Lannoo, K. (2023), „The EU’s aim to de-risk itself from China is risky... yet necessary“, *Centre for European Policy Studies*, 7 September, verfügbar unter <https://www.ceps.eu/the-eus-aim-to-de-risk-itself-from-china-is-risky-yet-necessary/> (Zugriff am 14. Oktober 2023).
- Schirm, S. A. (2013), *Internationale Politische Ökonomie: Eine Einführung*, *utb-studi-e-book*, Bd. 3780, 3., aktualisierte und erw. Aufl., Nomos, Baden-Baden.
- Schnitzer, M., Truger, A., Malmendie, U., Grimm, V. und Werding, M. (2022), *Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten: Jahresgutachten 22/23, Jahresgutachten / Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 22/23*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Schulze, M. und Voelsen, D. (2020), „Einflussosphären der Digitalisierung“, in Lippert, B. und Perthes, V. (Hg.), *Strategische Rivalität zwischen USA und China*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, S. 32–36.
- Senghaas, D. (2007), „Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie. Stuttgart/Tübingen 1841“, in Kailitz, S. (Hg.), *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, EBL-Schweitzer*, 1. Auflage, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 255–258.
- Solís, M. (2017), „"America First" is a losing strategy on trade“, *Brookings*, 24 Oktober.
- Stearns, P. N. (2021), *The industrial revolution in world history*, Fifth edition, Routledge, New York.
- Theisen, H. (2017), *Der Westen und die neue Weltordnung*, 1st ed., Kohlhammer Verlag, Stuttgart.
- Thiemeyer, G. (2020), *Totalitarismus und Kalter Krieg (1920-1970)*, *Europäische Geschichte der Neuzeit*, 1. Auflage, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.
- Triepel, H. (1938), *Die Hegemonie: Ein Buch v. führenden Staaten*, Kohlhammer, Stuttgart.
- Webster, J. und Watson, R. T. (2002), „Analyzing the Past to Prepare for the Future: Writing a Literature Review“, *MIS Quarterly*, Nr. 2, S. xiii–xxiii.

Wendler, E. (2020), *Die Politische Ökonomie von Friedrich List*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.

Wesel, R. (2012), *Internationale Regime und Organisationen, utb-studi-e-book*, Bd. 8513, 1. Auflage, UVK, Konstanz.

Williams, C. (2023), „Governments across the world are discovering homeland economics. But introducing industrial policy is a big mistake, argues Callum Williams“, *The Economist*, 2 Oktober, verfügbar unter https://www.economist.com/special-report/2023/10/02/governments-across-the-world-are-discovering-homeland-economics?utm_content=section_content&gclid=Cj0KCQjwhL6pBhDjARIsAGx8D58DyL6pu6Zjch3v61FTXtET5_UTA_uwOI0s4zBz5vzbIX3K2d1f9qoaArOuEALw_wcB&gclid=aw.ds (Zugriff am 4. Oktober 2023).

Willke, G. (2012), *John Maynard Keynes: Eine Einführung, EBL-Schweitzer*, 2., aktualis. Aufl., Campus Verlag, Frankfurt/M.

Zakaria, F. (2009), *Der Aufstieg der Anderen: Das postamerikanische Zeitalter, Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung*, Bd. 764, Lizenzausg, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.

Eidesstattliche Erklärung

„Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe und nur unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Textstellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit hat in gleicher oder in ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.“

Oberhausen der 31.10.2023

Ort, Datum



Unterschrift